

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postanweisung Nr. 4069, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187.

Donnerstag den 11 August 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Tibet — die zweite Mandchurie.

Wie vordem Rußland das Festliegen der englischen Politik in Südafrika als Gelegenheit wahrgenommen hatte, um in aller Stille die Mandchurie seinem Besitze einzuverleiben, so hat jetzt England den russisch-japanischen Krieg dazu benützt, um möglichst geringem Aufsehen in Tibet einzudringen und so das mächtige Hinterland des indischen Kaiserreichs unter den Einfluß des Londoner Kabinetts und der Londoner Börse zu bringen.

Die russische Presse erhält wohl gegenwärtig nicht die Erlaubnis dazu, die Bedeutung, die dieser Vorgang für Rußland besitzt, richtig zu würdigen. Obwohl Rußland von Norden her nur tastend gegen das verschlossene Land des Dalai-Lama vordrang, glaubte es dieser Beute längst gewiß zu sein, und die russischen Blätter sprachen schon von Tibet wie von einer russischen Provinz. Jetzt aber geht es Rußland wie dem Hund, der mit dem einen Stück Fleisch noch nicht genug hatte, sondern auch nach dem zweiten biß, das er im Wasserpiegel sah. Aus der Mandchurie wird es bald hinausgeworfen sein, und nach Tibet rücken die Engländer ein, ohne daß sich die Petersburger Regierung unter den gegenwärtigen Umständen auch nur zu einem diplomatischen Protest aufschwingen könnte.

So herzlich man auch Vätern diese neue Lehre gönnen mag, so ist es doch andererseits klar, daß das Vorrücken der Engländer in Innerasien keineswegs dazu geeignet ist, den Wellfriede vorzubereiten. Wenn Rußland auch augenblicklich keine Zeit hat, sich mit Tibet zu beschäftigen, so werden seine ehrgeizigen Staatsmänner den Verlust dieser sicheren Hoffnung so leicht nicht vergessen, und sobald sich das Jarenreich vom Japanerrieg erholt hat, alles daran setzen, die verlorene Position zurück zu gewinnen.

Mit Tibet sieht es aber auch darum genau so wie mit der Mandchurie aus, daß von einem Rechtsstreit der beiden Mächte, die um das Land streiten, überhaupt keine Rede sein kann. Denn das Recht der Engländer wie der Russen an Tibet ist genau gleich groß und gleich klein — es besteht nämlich so gut wie für die einen auch für die andern überhaupt nicht.

Das Einrücken der Engländer in Tibet mag vom Standpunkt der kapitalistischen Expansionspolitik ein überaus schauer und glücklicher Schachzug gewesen sein; uns Sozialisten beweist es aber nur, wie eben diese kapitalistische Expansionspolitik stets neue Konflikte schafft. Die südafrikanischen Annexionsgelüste Englands führen zum Burenkrieg, die Annexion chinesischer Gebiete nach dem chinesisch-japanischen Kriege führt zum Waldersee-Feldzug. Reiche Ereignisse — Buren- und Chinesenkrieg geben Rußland den Anlaß, die Mandchurie zu okkupieren; das ruft wieder Japan auf den Plan und die Folge ist der fürchterliche Krieg, der sich jetzt vor den Augen der Welt abspielt. Jetzt bemüht England diesen Krieg, um Tibet in seine Einflußsphäre zu ziehen, und so rollt die Geschichte der Weltpolitik als eine endlose Kette fort, in der sich Krieg und Annexion, Annexion und Krieg in festen Ringen aneinander schließen.

Die kapitalistische Spekulation treibt die Diplomaten des Klassenstaates in immer gefährlichere Experimente. Auch England, das vorläufig im Vorteil ist, das aber erst vor wenigen Jahren im Kampf gegen eine Handvoll Guerillakrieger zu verbluten schien, tanzt jetzt wieder auf hochgespanntem Seile. Auch ihm droht im Innern der Zusammenbruch, wenn die unübersehbaren Massen der unterjochten und schamlos ausgebeuteten indischen Völkerschaften eines Tages in Bewegung geraten! Und nicht zum erstenmal hat die russische Regierungspresse in den Tagen des Malakka-Konflikts damit gedroht, man werde von Rußland aus die Brandfackel des Aufstands nach Indien schleudern!

Kurz und gut, die bürgerlichen Friedensschwärmer dürfen dessen gewiß sein, daß nach der Beendigung des russisch-japanischen Kriegs ihr tausendjähriges Reich noch lange nicht beginnen wird. Nur wer die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Unterdrückung von Klassen und Nationen bekämpft, darf sich rühmen, in der jetzigen neuen Periode der fortgesetzten miteinander zusammenhängenden Kriege im Sinne des Wellfriedens seinen Mann gestellt zu haben. Eine solche reale Friedenspolitik wird auch niemals von der Erleuchtung gekrönter Häupter eine Wendung zum Besseren erwarten. Wo Gewalt und Unterwerfung ist, da ist auch Krieg.

Rußland und Japan.

Die Nachrichten, welche heute vorliegen, beschäftigen sich nahezu ausschließlich mit den Ereignissen vor Port Arthur; von Europatinn und seiner Armee fehlt seit den letzten kurzen Meldungen wieder jede Kunde. Die Lage der Russen in Port Arthur ist zweifellos außerordentlich kritisch; obgleich sie sich mit größter Tapferkeit gegen die fast ohne Unterbrechung stattfindenden japanischen Angriffe verteidigen und

den Feinden wiederholt sehr schwere Verluste beigebracht haben, kann der Ausgang dieses blutigen Ringens nicht mehr zweifelhaft erscheinen: der Hartnäckigkeit und Todesverachtung der Japaner muß schließlich der Sieg bleiben, da eine Entsetzung der Festung weder vom Lande noch von der Seeflotte her möglich ist. Wie lange Port Arthur sich noch zu halten vermag, läßt sich freilich auch nicht annähernd schätzen; wichtige Positionen, wie der Wolfsberg und der Grüne Berg sind bereits in den Händen der Belagerer, aber diese stehen doch wohl noch weit von den Jansenforts entfernt, und es wird eines möglicherweise noch recht langwierigen Artilleriekampfes bedürfen, ehe der letzte entscheidende Angriff mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden kann. Wie aus Petersburg berichtet wird, ist dort ein Telegramm des Generals Stössel eingegangen, welches besagt, daß ein am 5. d. M. stattgefundenener japanischer Angriff siegreich zurückgeschlagen worden sei. Die Festungswerke hätten wenig gelitten, die Truppen seien kampfesmutig und voller Zuversicht. Auch über die blutigen Kämpfe, die in den letzten Julitagen vor Port Arthur stattfanden, liegen jetzt amtliche Berichte vor, worin er mitteilt, daß die Japaner mit bedeutenden Verlusten auf der ganzen Linie zurückgeschlagen wurden, und daß die Russen den Wolfsberg den Japanern ohne Kampf überließen. Die Stimmung der russischen Truppen sei ausgezeichnet, der Gesundheitszustand gut. Ein russischer Milizoffizier namens Sudra, der am 4. August mit Depeschen an den Statthalter Alexejew und General Europatinn Port Arthur verließ, machte dem „Daily Telegraph“ Korrespondenten in Tschifu angeblich folgende Mitteilungen: Lebensmittel sind in der Festung reichlich vorhanden, Kohle und Munition werden jedoch knapp. Falls die japanischen Verstärkungen schnell eintreffen, ist die Einnahme Port Arthurs unvermeidlich. Vom 2. bis zum 29. Juli fanden beständige Kämpfe statt, bevor die Japaner den Wolfsberg und den Grünen Berg eroberten. Eine Kompanie Japaner wurde von den Russen zwischen zwei Feuer gefaßt und dann mit dem Bajonett angegriffen. Von der ganzen Kompanie blieben nur sieben Mann am Leben. Als die Japaner die Höhe stürmten, ließen die Russen einen wahren Hagel von Steinen auf sie herniedergehen, der Hunderte von ihnen erschlug. Die Russen haben zehn Geschütze im Stich lassen müssen. Der deutsche, der französische und der amerikanische Militärattaché ersuchten Sudra mitzuteilen, daß sie wohlaufrichtig sind. Ein Telegramm Alexejews aus Mufden vom 7. August besagt: „Der Kommandant von Port Arthur meldet vom 7.: Das für die Beschießung der feindlichen Positionen ausgelassene Geschwader wurde vom (japanischen) Geschwader angegriffen. Der russische Kreuzer „Bajan“ legte den japanischen Kreuzer „Tokujiima“ außer Geleucht, worauf die feindlichen Schiffe ins offene Meer zurückzogen, wobei „Tschijoda“ auf eine russische Mine stieß, led wurde und nach Talienwan absuhr. Am 27., als die Japaner einen Landangriff unternahmen, wurden auf Bitten des Generals Stössel Schiffe zur Unterstützung des rechten Flügels nach Durgantau ausgesandt, von wo die feindlichen Stellungen bis 3 Uhr beschoffen wurden. Bei der Rückkehr auf die Seebebierte eine Mine unter einem Baggerboot. Am 30. zählte Witthöft bei Port Arthur fünf Panzerschiffe, vier Panzerkreuzer, zehn andere Kreuzer und 48 Torpedoboote des Feindes.“ Wie schließlich noch „Daily Telegraph“ aus Tschifu meldet, wird in der letzten dort aus Port Arthur eingetroffenen Zeitung eine Botschaft des Jaren Nikolaus veröffentlicht, in welcher es heißt: „Ich hoffe, daß mein Volk, würdig der heiligsten Ueberlieferungen der russischen Rasse, Port Arthur mit Tapferkeit, Entschiedenheit und Treue verteidigen wird; ich rechne darauf, daß die Offiziere die Mannschaften ermahnen werden, die Fahne hochzuhalten auf diesem kleinen Teile Rußlands, der jetzt vom Mutterlande getrennt ist. Zu meinem Volke habe ich das Vertrauen, daß es die Soldaten unterstützen wird.“ Die Botschaft wurde den Soldaten vorgelesen und angeblich von diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ebenso beifällig wurde ein Telegramm Europatins aufgenommen, das die Bevölkerung Port Arthurs anfordert, sich gut zu halten, da er ihr vor Augen nicht Hilfe bringen könne. — Wir haben alle diese Nachrichten von russischer Seite wiedergegeben; ob sie dagegen der Wahrheit entsprechen, wird sich erst noch ausweisen müssen.

Im übrigen verzeichnen wir noch die folgenden Meldungen: Die russische Telegraphenagentur meldet aus Mufden vom 9. August: Die Japaner benutzen die Eisenbahnlinie Schanghai — Sankou zur Verproviantierung der Armee. Es heißt, daß sie längs derselben Linie ihre Truppen mit der Bestimmung nach Sjimintun mobilisieren.

Der „Standard“ meldet aus Schanghai, die Japaner

hätten in Nutschwan eine Proklamation erlassen des Inhalts, daß die Japaner den Krieg führen, um das Volk vor der russischen Tyrannei zu retten und die Mandchurie, die Heimat der Dynastie, wieder frei zu machen. Die Proklamation schließt mit der Aufforderung zum Gehorsam gegen die japanischen Gehe.

Der von dem russischen Wladivostokgeschwader beschlagene englische Dampfer „Kalgas“ ist mit seiner nach Yokohama und Hongkong bestimmten Ladung, bestehend aus Mehl, Ballen und Maschinenteilen, Montag in Wladivostok eingetroffen. — Der Kapitän des gesunkenen japanischen Transportschiffes „Schi Maru“ telegraphierte von Tomsk nach Kobe, all sein Schiffsvoll, 15 Offiziere und 52 Mann, seien gerettet. Fünfzehn Offiziere, darunter 4 Europäer, und 66 Mann des Dampfers „Sado Maru“ sind ebenfalls in Tomsk angelangt.

Die Post hat ihre Zustimmung zur Durchfahrt weiterer Schiffe der Freiwilligen Flotte durch die Dardanellen gegeben, allerdings unter der Bedingung, daß sie die Handelsflagge beibehalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Handelsverträge und Reichstag. Die Aussichten des neuen russischen Handelsvertrags im Reichstage hält die „Frankfurter Zeitung“ für gut. Jeder Kenner innerer parlamentarischer Verhältnisse könnte heute schon sagen: Abgelehnt wird dieser Vertrag nicht. Eine solche Krasiprobe wage die agrarische Mehrheit nicht, zumal die Reichsregierung so lang sein werde, den neuen Zolltarif nicht vor Annahme der neuen Verträge im Reichstage in Kraft zu setzen, so daß seine Vollzüge bei Ablehnung der Verträge praktisch werden würden. Die Verträge, an denen bekanntlich nichts mehr zu ändern sei, nachdem sie einmal abgeschlossen sind, zu denen also der Reichstag nur Ja oder Nein sagen könne, würden angenommen werden. Und dann werde sich zeigen, daß die Politiker auf der Linken doch recht hatten, die die Entschädigungsschlacht mit allen Kräften beim Zolltarif und nicht erst bei den Handelsverträgen schlagen wollten. Es gehöre einiger Mut dazu, daß selbst liberale Blätter behaupten, der neue Vertrag werde wirtschaftlich das Deutsche Reich kräftigen, und von seinem Abschluß wie von einem Erfolg sprechen. In Wahrheit bedeute der Abschluß dieses Vertrages eine in ihren Folgen noch nicht zu überschende Veränderung der Area der Capribischen Handelsverträge, während deren Handel und Industrie einen unerhörten Aufschwung genommen, die Bevölkerung Deutschlands und unser Export gestiegen und die Rückwanderung zurückgegangen ist. Die „Frankf. Ztg.“ schildert also die Folgen des neuen Zolltarifs selber so düster wie möglich, dennoch kommt sie nicht auf den naheliegenden Gedanken, daß das, was bei den Zolltarifdebatten nicht zu erreichen war, jetzt bei den Handelsvertragsberatungen zu erreichen versucht werden müsse. Kurz und gut: Ist der neue Zolltarif, was unzweifelhaft feststeht, der Industrie und den Konsumenten Deutschlands schädlich, so muß er auch in Gestalt der Handelsverträge bekämpft werden, damit die Regierung gezwungen ist, beim Reichstage die Herabsetzung der umfänglich erhöhten Zölle zu beantragen. Eine Gefahr für den deutschen Export entstände aus einer solchen begründeten Ablehnung der Handelsverträge nicht, denn dem Auslande sind Handelsverträge mit niedrigeren Zöllen selbstverständlich lieber als solche mit hohen; neue Handelsverträge würden nach Ablehnung der jetzt vereinbarten also leicht abzuschließen sein. Eine moralisches Recht, sich über eine solche Taktik zu beschweren, haben die Hochschulgötter nicht, denn die Annahme des neuen Zolltarifs hat ja nur durch einen schmäblichen Bruch der Geschäftsordnung des Reichstags, also eine zweifellos unmoralische Maßregel, erreicht werden können.

Zu den Konferenzen der Wahlrechtsräuber erklärt die ultramontane „Germania“ mit Bestimmtheit versichern zu können, daß weder Dr. Spahn noch irgend ein anderes Mitglied der Zentrumsfractionen an einer Besprechung über Abänderung des Reichstagswahlrechts teilgenommen habe, so daß in den Kreisen der Zentrumsführer überhaupt von einer derartigen Konferenz nicht das geringste bekannt sei. Man wird die Antwort des „Vorwärts“, die nicht ausbleiben wird, abwarten müssen.

Die Wirtschadiade nimmt nach wie vor einen sehr breiten Raum in den Blättern ein, wir beschränken uns indessen darauf, aus dem Lohu-Wabohu nur das Bemerkenswerteste herauszugreifen. Ganz besonders bemerkenswert ist aber, was die Dortmund „Tremonia“ zu dem vom Leipziger Tageblatt angeführten Kapitel aus der Wirtschadiade mitteilt. Die „Tremonia“ erzählt: „In erster Instanz nach dem Plaqueantrage verurteilt, legten die Wirtschadiade beim Oberlandesgericht Hamm ein. Während diese

schwebte, suchte man den noch sehr jugendlichen Prinzen auf alle mögliche Weise zu veranlassen, die unbehagliche Lage zurückzuziehen. Auch der Prinz hatte schon früher durch seinen Anteil, den früheren Reichskanzler Fürst Hohenlohe, eine gütliche Regelung der Sache versucht, Hohenlohe erklärte aber, nichts gegen von Mirbach machen zu können. Eines Tages erhielt nun der in Düsseldorf stehende Prinz den dienlichen Befehl, sich im Militärtabineett seiner Majestät in Berlin zu melden. Hier wurde ihm bedeutet, daß er zu einem Hotel in Berlin zu gehen und dort sich mit den Pflägern zu einigen habe. Der Prinz unterschrieb denn auch aus Furcht, Schwierigkeiten in seiner militärischen Laufbahn zu haben und nach den bekannten Versprechungen von Mirbach (der Prinz war damals mit einer bürgerlichen Dame aus Köln verlobt) sowie in der Hoffnung, dann sofort sein Vermögen zu erhalten, einen Revers, daß ihm Rechnung gelegt sei. Da aber weder die Rechnungslegung, noch die Herausgabe des Vermögens erfolgte, noch auch seitens von Mirbach irgend etwas geschah, um die Zulage, daß die zukünftigen Gemahlin des Prinzen den Titel Prinzessin führen dürfe, zu verwirklichen, so war der Prinz gezwungen, dem gerichtlichen Verfahren Fortgang zu geben. Das ist, so versteht die „Trompete“, der Sachverhalt, wie er sich aus den Akten des Dortmunder Landgerichts ergibt. Ein Ergebnis, das natürlich wieder sehr lebhaft erörtert werden wird. Es hilft nun einmal alles nichts: bis zum Herbst, wo die Mirbachsäre in den Parlamenten zur Sprache kommen wird, ist für Stoff zur Diskussion über den Fall Mirbach überreichlich gesorgt. Die Prozeß des Totschweigens erweist sich hier als verfehlt.

Kommen werden sie, aber wann? Ob dem Reichstage bereits in seinem nächsten Tagungsabschnitte Anträge zur „Förderung der Wehrkraft Deutschlands zur See“ werden gemacht werden, steht, wie die „Nat. Corr.“ mitteilt, aus zwei Gründen zur Zeit noch nicht fest. Zunächst läßt sich noch nicht vollständig übersehen, welchen Umfang die Forderungen für die Verstärkung der Wehr zu Lande gewinnen werden, außerdem aber werde für die Art der Geltendmachung weiterer Forderungen auf dem Gebiete der Ausgestaltung unserer Wehr zur See bis zu einem gewissen Grade maßgebend sein die Art der Verwertung der Erfahrungen aus den neuesten Kriegsvorgängen, die die einzelnen Nationen zu ziehen für richtig halten. — Zunächst steht also eine Wehrforderung für das Landheer fest, da wir — welche Ironie! — mit allen Staaten in den „freundschäftlichsten Beziehungen“ leben. Wann dann die Marineforderungen kommen, ist nur eine Frage der nächsten oder der übernächsten Session.

Audienz der Südwestafrikaner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: „Während der bevorstehenden Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Berlin ist, wie wir hören, der Empfang der südwestafrikanischen Farmer in Aussicht genommen.“ — Die Leute hatten bereits die Geduld verloren und wollten unter Verzicht auf die Audienz nach Südwestafrika zurückkehren. Das hätte aber einen schlechten Eindruck gemacht, und darum ersuchte man sie, ebenso höflich wie bringend, noch zu werden. Namentlich war es wieder die „gewisse Presse“, welche die Unzufriedenheit in die Herzen der schlichten und einfältigen Farmer gepflanzt hat. Diese Presse erlaubte sich nämlich Bemerkungen darüber zu machen, daß die amerikanischen Willkürhäre, die französischen Denzinmatadore und die englischen Teefabrikanten und Jachtbesitzer Audienzen bekämen, jowiel sie wollten, während die noleidenden Farmer warten mußten wie ein Berliner Oberbürgermeister. Ist es da ein Wunder, wenn die Milch der frommen Denkmungsart in gärenden Drachengift verwandelt wird?

Russischer Dank für Königsberg. Aus Rußland wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: „Vilseß Roman, „Aus einer kleinen Garnison“ wurde seinerzeit in russischer Uebersetzung als Belage zu der militärischen Zeitschrift „Kasowjecht“ abgedruckt. Die allgemeine Zensur sowie die spezielle Militärzensur hatten nichts gegen die Verbreitung dieses Buches eingewendet. Nun aber hat das Ministerium „für Volksaufklärung“ der deutschen Regierung für den Königsberger Prozeß des Gefalles erwiesen, das Buch von Hilfe aus dem Volksbibliotheken und den öffentlichen Lesesälen als „schädliche Schrift“ zu entfernen.“

Krupps Weizen blüht! Aus Essen wird gemeldet: „Krupp erhielt von Holland den Auftrag zur Lieferung von 100 000 Scheffel; von Rumänien zur Lieferung von 300 000 Scheffel.“ — nebst entsprechenden Positionen zum Gesamtbeitrag von 28 Millionen Mark; von Rußland einen großen Anteil, angeblich nur in Scheinen und Schmelzen.

Hong auf's Brot will Väterchen Babbe seinen kleinen Eisenbahnwägen verschaffen, die bekanntlich erst nach dem Tode veräußert werden. Er hat nämlich schon durch einen Ministerialbescheid den Eisenbahnwägen anzuweisen, die Dienstzeit als Nebenbeschäftigung zu treiben. Damit das Ansehen der Wägen nachgefragt werden, sollen die Bahnmeister und die Eisenbahnarbeiter bei den Jahrestreffen ihrer Untereinstufen den Wägen nach dem Tode der Eisenbahnwägen überlassen. Auch den Betriebsinspektoren wird zur Pflicht gemacht, für die Wägen zu interessieren. Zur Beschaffung der Eisenbahnwägen sind Eisenbahnwägen bestellt worden. Nach Jahresfrist will Väterchen Babbe sich wieder erkundigen, in welchem Maße sich die Wägen an der Förderung der Eisenbahn beteiligt haben. — Es ist ein Glück, daß Väterchen Babbe keine politische Natur ist, sonst würde er wahrscheinlich seine Eisenbahnwägen nach dem Tode als Nebenbeschäftigung anzuweisen und sich alljährlich mehrere Tausend Mark verdienen. Die Eisenbahnwägen sind aber auch, das ist politisch.

Die Friedensstunde und die Antwort der Hebräer. Am Montag gab der bayerische Ministerpräsident in der Reichstagsdebatte eine Erklärung ab, worin er die gegenseitigen wiederholten Angriffe beider Kammern bedauerte und den wahren Sachverhalt des Sachverhaltes, der der Regierung Schaden bringen hätte, als ungewiß und ungewiß erklärte. Die Regierung kann ihre Pflichten und deren Erfüllung nicht als ungewiß und ungewiß erklären. Die Regierung wird aber auch, das ist politisch.

una objektiv, unparteiisch, aber auch politisch beurteilt werde. Breshing möge das bekannte Buch „Bismard als Erzähler“ lesen, wo steht, daß Politik die Lehre vom Möglichen sei. Diese Politik, Realpolitik, treibe die bayerische Regierung. Was darüber hinaus gehe, möge gut und schön sein; aber es werde zur Idealpolitik, zur Utopie, wenn nicht noch zu etwas Schlimmerem. Was er im Fall des Bishler getan habe, werde er gegebenenfalls stets wieder tun, vollständig einerlei, für wen und für welche Partei es geschehe. Graf Breshing antwortete umgehend, daß die Regierung dem Befehle der regierungsunfähigen Sozialdemokratie und dem ministerstürzenden Zentrum folgend, die Erklärung abgegeben habe. Er könne aber keine Silbe seiner neulichen Rede zurücknehmen, zumal er Hunderttausende hinter sich wisse, insoweit als er die Regierung der Schwäche geziehen habe. Die Geschichte werde sein Urteil bestätigen. „Aus dem Privatstimmum, das Podewils mir über die Grenze des Möglichen gelesen, entnehme ich mit Interesse.“ — so schloß Breshing —, „daß die Regierung glaubt, an der äußersten Grenze der möglichen Kraftanwendung angelangt zu sein.“ Lebhafteste Weisbewegung entstand im Hause und auf den vollbesetzten Tribünen. Breshing verließ nach der Rede ostentativ den Saal. Also anstatt das Schlachtbeil zu begraben, eine neue Injurie. Aber den Schaden hat — die Regierung.

Krach bei den Zünftlern. Der Bund der Handwerker, der ein Seitenstück zum Bund der Landwirte werden sollte, besteht erst wenige Monate. Trotzdem hat er es bereits zu einer Palastrevolution gebracht. In der Delegiertenversammlung des Bundes, die Sonntag in Berlin stattfand, ist nach der „Berl. Zig.“ dem bisherigen Vorstand mit 7 gegen 6 Stimmen ein Mißtrauensvotum erteilt worden, worauf er sein Amt niederlegte. Die Neuwahl brachte einige neue Männer in den Vorstand. Aktionärfähiger wird er dadurch wohl nicht werden. Es hat sich ja bisher glücklicherweise noch immer gezeigt, daß alle Versuche, das Handwerk in wirtschaftlich rückständige Bahnen zu treiben, in sich selbst zusammengebrochen sind.

Eine sogenannte „Notstandskonferenz“ hat am Sonnabend in Breslau stattgefunden. Dort tagte der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, wobei die Vertreter der Staatsbehörden und landwirtschaftliche Sachverständige sämtlicher Kreise der Provinz zugegen waren, um den durch die Dürre hervorgerufenen Notstand einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Unter den anwesenden Vertretern befand sich der Oberpräsident Graf Beshler-Trüchtl. Dieser gab zu, daß die Not außerordentlich groß und schwer sei, wenn er auch besonders hervorhob, daß die Ernte in Weizen und Roggen meist gut, ja mitunter sehr gut sei. Wie es mit der Kartoffelernte stehen werde, sei noch nicht ganz abzusehen, eine Besserung sei immer noch möglich; dagegen sei das völlige Versagen der Futterernte zweifellos. Zum Schluß warnte der Oberpräsident, sich dem Pessimismus allzusehr hinzugeben und die Farben zu dü aufzutragen; das schade nur der Provinz. Sollte der gegenwärtige Notstand sich noch verschlimmern, sollte keine Besserung eintreten, so werde sowohl die Landwirtschaftskammer als auch er alles tun, damit die Landwirtschaft nicht in Stücke gelassen werde. — Diese verständige Mahnung des Oberpräsidenten wird bei dem Agrariertum, das dauerndes lautes Schreien als das probateste Mittel zur Erlangung von Preisbegaben empfiehlt, nicht viel nützen. Das Berliner Handelsblatt schreibt denn auch schon munter weiter. Daß Handel und Industrie unter dem infolge der Dürre stodeaden Wasserverkehr ebenso schwer zu leiden hätten, interessiert die Herren Agrarier nicht weiter.

Zum Ortskrankenkassenkonflikt in Leipzig. In der reaktionären Presse wird die Frage erwogen, ob nicht, nachdem der Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse nur aus Arbeitervertretern besteht, die Behörde die Verwaltung in die Hände nehmen könne. Daran ist aber nach den gesetzlichen Bestimmungen gar nicht zu denken. Im § 39 des Krankenkassengesetzes heißt es ausdrücklich im Absatz 2: „Haben die Arbeitgeber auf die ihnen zustehende Vertretung in der Generalversammlung verzichtet, so können sie diese Vertretung nur mit Ablauf einer Wahlperiode wieder in Anspruch nehmen.“ Somit besteht also der Vorstand der Leipziger Kasse bis zum Februar 1905 nur aus Arbeitervertretern. Genosse Pollender wurde übrigens an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Schwabe, der 12 Jahre dieses Amt bekleidete, zum Vorsitzenden gewählt. Als Zeichen dafür, daß der Vorstand gewillt ist, jetzt ebenfalls energisch der Aufsichtsbekörde gegenüber aufzutreten, ist die Verweigerung der Erlaubnis für die Zulassung der Vertreter der Kreisgesundheitskommission und des Krankenversicherungsausschusses zur Generalversammlung anzusehen.

Ueber die etwa 40 russischen Auswanderer, die am 25. Juli durch die Polizei vom Dampfer „Adolf Andersen“ heranterricht und dann über Jüterburg nach Tüpi gebracht wurden, berichtet die „Allg. Allg. Zig.“: „Den Mitgliedern des in Tüpi neu gegründeten Lokalkomitees der Alliance Israélite Universelle (Allg. Israelitischer Bund) gelang es, von der Polizei die Erlaubnis zu erwirken, die Emigranten nach Amerika ordnungsmäßig weiterzubefördern, um sie vor dem traurigen Geschick einer zwangsweisen Rücksendung nach ihrer zivilisierten russischen Heimat zu bewahren. Um dieses wünschenswerte Ziel zu vollbringen, waren erhebliche Geldmittel erforderlich. So wurden durch Sammlungen in Tüpi, Königsberg, Jüterburg ca. 3000 Mk. aufgebracht.“ — Hiermit stimmt es also, daß die Abfuhr bestand, die Leute, trotzdem sie die Fahrt nach Kopenhagen schon bezahlt hatten, nach Russland anszuliefern!

Erstklassige Schmutzeri. In der „Allg. Allg. Zig.“ ist ein Mitglied des ältesten Adels, Graf v. Pöschinger, gegen seinen eigenen Behauptung das politische Judentum an sich zu bringen, verächtlich der alte Spruch des eigenen Erzeugers, der sich aber verachtete, in dem er einen Jungen des kaiserlichen Hofes, den Freiherrn v. Ermer-Klett, des Reichs des Reichs. Aus angeführten Briefen ergibt sich, daß die Jungens in der Eiderstraße zu den Judenten der Arbeit gehören. Die Erde der Erzeuger ist an der Arbeit, den Glanz zu vermeiden. Ob der Staatsanwalt noch lange gegen die, ihre Bestimmung zu führen? Der Dypus in Südwestafrika. Auch wird ge-

meldet: Meier Wersich, geboren 30. 3. 83 in Großkirchen, Kreis Lüben, Preußen, früher Leibkassier, Westlau, 2. 8. an Typhus in Djosondu gestorben; Meier Landmann, geboren 5. 4. 81 in Arnshaus, Kreis Gamm (Oberpfalz) früher Feldartillerieregiment 33, Meß, am 3. 8. in Djosondu an Typhus gestorben.

Kleine politische Nachrichten. Der Bund deutscher Bodenreformer, der zurzeit etwa 190 000 organisierte Anhänger aus allen politischen Parteien zählt, hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die die Bitte enthält, ein Gesetz anzulegen, das allen Hypothekendarlehen unterliegt, unbehauten Boden zu beleihen. — Die bayerische Kammer genehmigte Montag das Finanzgesetz mit einer Gesamteinnahme von 441 825 326 Mk. Die Session des Landtages wird am Donnerstag vom Prinzregenten geschlossen werden. — Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen verurteilte die Ferienstrafkammer des Landgerichts II in Berlin am Montag den Studenten der Rechte Herbert Besser zu drei Monaten Festung; der Kartellträger Hann Freimann erhielt 3 Tage Festung zubüßt. Der Zweikampf, der am 16. Oktober v. Js. zwischen Besser und dem Oberleutnant Orb aus Anlaß eines Wirtshausstreites stattfand, ist unblutig verlaufen. — Ein Ministerpräsident in Belgrad beschloß, daß die Krönung des Königs Peter nun doch noch, aber so einfach wie möglich, am 21. September vollzogen werde.

Rußland.
Eine „Charakterstizze des Zaren Nikolaus“ zeichnet Fürst Kropotkin in der neusten Nummer des „Speaker“, einer Londoner Zeitschrift. Die Annahme, der Zar werde von der Bureokratie verhindert, den wirklichen Zustand Rußlands kennen zu lernen, verweist Fürst Kropotkin von vornherein in's Gebiet der Legende. Er schreibt: „Es gibt kein Land in Europa, in welchem die wirkliche Lage der Bauern und der Landwirtschaft, die schlechten Schulverhältnisse, der Mangel an Bildung, die abnorme Lage der Fabrikarbeiter, die Nachteile des Schutzsystems, der Umfang und die Organisation von Handel und Gewerbe im Inland, die Organisation der Rechtspflege in den Landbezirken, Steuerwesen usw. besser erforscht und gründlicher in den Zeitschriften erörtert worden sind, als dies in Rußland der Fall ist. Erhebungen in größtem Maßstabe, die Millionen von Haushaltungen umfassen, sind im Auftrage der Sensitiv von Spezialfachleuten mit einem Eifer und einer Genauigkeit ausgeführt worden, wie sie in Regierungskassisten nicht oft gefunden werden. Ueber 450 Bände der Ergebnisse solcher Erhebungen sind veröffentlicht, und die dabei gefundenen Tatsachen sind in hunderten von Zeitschriftenartikeln eingehend erörtert worden. Alle das innere Leben Rußlands betreffenden Mitteilungen, die Stepniak, Wolkowich, ich und alle unsere Freunde im Ausland veröffentlicht haben, sind amtlichen Dokumenten entnommen, in Rußland gelesen und von der russischen Presse besprochen worden. Rußland — so heißt es dann weiter, mit nicht mißzuerkennender Deutlichkeit — kennt seine wunden Stellen; man hindert es nur daran, sie zu heilen. Die Quellen der Erkenntnis fehlen nicht. Aber der Zar gibt sich nicht die Mühe, diese Sachen zu lesen, er liebt überhaupt nichts, wie man uns erzählt.“ Jeder Zusatz würde die vernichtende Anklage nur abgemäßen.

Revolutionäre Propaganda. Ein über ganz Rußland von der Zentrale der polnischen sozialistischen Partei verbreiteter Aufruf schließt mit den Worten: „Plehwas Tod ist noch lange nicht das Ende des Barentums, sondern nur ein Dolchstoß in seine Grundlagen. Nutzen wir die Gelegenheit aus und verstärken wir den Kampf. Nur, wenn das Barentum in Trümmer geht, wenn die Fesseln des geknechteten Volkes gelöst sind, dann wird die Möglichkeit schwinden, daß solche Plehwas das große Wort führen. Weg mit dem Barentum! Es lebe die Freiheit, es lebe das sozialistische Polen!“

Ein Manifest der russischen Revolutionäre an den Zaren? Dem „S. M.“ wird aus Wiener „besonders: Quelle“ gemeldet, daß der Zar, als er von der Verdrigung Plehwas zurückkehrte, in seinem Arbeitszimmer im Palais zu Peterhof ein Manifest der russischen Revolutionäre fand, in welchem die Gründe der Ermordung Plehwas auseinandergesetzt waren, und gleichzeitig erklärt wurde, daß die Terroristenpartei in Ausübung des Beschlusses ihres Aktionskomitees fortfahren werde, alle Hindernisse und Personen zu beseitigen, welche der Befreiung des russischen Volkes von der Despotie im Wege stehen. Der Zar übergab das Dokument dem Justizminister Murawjew, und beauftragte ihn, die Untersuchung selbst zu führen. Der Palaiskommandant General Hesse soll jetzt in Amtes entzogen werden.

Reform der Judengesetzgebung? Aus Petersburg wird gemeldet: Eine unter Wiltkes Vorsitz stattgehabte Ministerialkommission beschloß, dem Zaren eine weitgehende Reform der Judengesetzgebung, insbesondere die Abschaffung der Ansiedlungsbeschränkungen sowie die Befreiung der Juden von den Handel und Beruf der Juden beschränkenden Ausnahmestellung zu unterbreiten. Man tut gut, die Befähigung dieser Nachricht abzuwarten.

Oesterreich-Ungarn.
Der Donnarbeiterausstand in Wien hat sich jetzt Dienstag weiter ausgebreitet. Auch die Ladbearbeiter der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der noch übrigen Lagerhäuser auf dem Wiener Handelsquais längs der Donau stellen die Arbeit ein, so daß nunmehr der ganze Donauhandel stockt. Zahlreiche Dampfer und Schlepper mit Getreide aus Ungarn liegen am Quai still. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung sowie Verkürzung der Arbeitszeit.

Frankreich.
Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Paris beschäftigte sich Dienstagvormittag mit dem achtten Tag. Entgegen dem Vorschlage der Engländer wurde die Resolution der Franzosen angenommen, die den gesetzlichen Achtstundentag, Einfahrt und Ausfahrt ungeschaffen, für alle Arbeiter über und unter Tag fordert.

Holland.
Kolonialangelegenheiten. Im verfloffenen Halbjahr wurden von den niederländischen Kolonialtruppen auf Sumatra ein Kriegszug nach den Gajoe- und Wasliabern unternommen.

men. Die Berichte über die einzelnen Gefechte ließen erkennen, daß die Niederländer ihre „Siege“ mit wenigen Toten und Verwundeten erkauften, während die Verluste der Feinde nach Hunderten zählten. Unser Bruderorgan „Het Volk“ bringt nun eine Uebersicht über die Verluste auf beiden Seiten in den verschiedenen „Gefechten“, die sich über die Zeit vom 14. Februar bis zum 20. Juli erstreckt. Das Endergebnis ist, daß auf niederländischer Seite 20 Mann getötet und 182 verwundet wurden; dagegen wurden Eingeborene 3420 getötet und 176 verwundet. Die Liste über die verwundeten Eingeborenen scheint jedoch unvollständig zu sein, da in den Berichten aus den Gajoländern nur die Verwundeten auf niederländischer Seite erwähnt werden. Vielleicht hat man aber dort nach der ja leider auch in Deutschland nicht unbekanntem Anweisung „Barbon wird nicht gegeben“ gehandelt und alles niedergemacht, was einem in den Weg kam, was um so wahrscheinlicher ist, als unter den getöteten Eingeborenen auch 784 Frauen und Kinder sind. — Nach diesen Zahlen zu urteilen, hat es sich nicht um einen Krieg und um Gefechte gehandelt, sondern um die Abschichtung wehrloser und gar nicht zu erstem Widerstand geneigter Menschen.

Spanien.

Ein allgemeiner Ausstand als Protest gegen die Schandwirtschaft der pfäfflich-kerikalen Regierung, übrigens etwas ziemlich alltäglicher in dem Lande Alfonso XIII, ist in Saragossa ausgebrochen. Alle Geschäfte sind geschlossen, Gendarmerie und Militär patrouillieren in den Straßen. Mehrere Personen wurden bereits verhaftet. Auch in Tarragona ist ein ähnlicher Generalstreik ausgebrochen.

Ein Attentatsversuch gegen den König von Spanien? Aus San Sebastian meldet das „Bureau Herald“: Im Innern des Salonwagens des königlichen Zuges, der den König Alfonso nach Vittoria bringen sollte, entdeckte man vorgestern 3 Dynamitpatronen. Die Untersuchung ergab, daß die Patronen durch die Bewegung des Zuges unfehlbar zur Explosion gebracht worden wären und den Wagen vollständig zertrümmert hätten. Die Reise des Königs ist infolgedessen verschoben worden. Von der Zensur werden nur wenig Einzelheiten über diesen Zwischenfall durchgelassen. — Die Nachricht ist mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Türkei.

Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Türkei hat eine ziemlich Verschärfung erfahren. Die amerikanische Gebuld ist, wie Staatssekretär Hay dem türkischen Gesandten Scheib Bei in Washington erklärt hat, „nahezu erschöpft“. Falls der Sultan die amerikanischen Forderungen nicht alsbald bewilligt, würde das amerikanische Geschwader Smyrna besetzen und halten, bis Genugtuung gegeben sei. Nach einer anderen Neuerung ist sogar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen bereits in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Im amerikanischen Ministerrat setzte Dienstag Hay die Gründe für sein Ansuchen auseinander, daß ein Geschwader nach Smyrna geschickt werde, und gab dann die Erklärung ab, wenn die neuerlichen Verhandlungen fehlschlagen würden, sei es möglich, daß der amerikanische Gesandte in Konstantinopel seinen Posten verlassen und an Bord des amerikanischen Flaggschiffes gehen werde. Dies würde natürlich eine ziemlich ernste Lage schaffen.

Afrika.

Auf dem Kongress der Afrikanerpartei in Burgerdorp, an welchem gegen 5000 Kapvölker und Buren teilnahmen, hat, wie aus Kapstadt gedrachtet wird, General Louis Botha in seiner Rede zu Ehren der gefallenen Kaprebellten dringend vor einer Auswanderung der Buren und Afrikaner nach Deutsch-Südwestafrika gewarnt. Er sagte, die deutsche Kolonialverwaltung habe bisher keinerlei Bürgschaften dafür geboten, daß die Buren in dem deutschen Schutzgebiet ihre Nationalität erhalten können.

Australien.

Bei den Wahlen für das Parlament von Neu-Süd-Wales wurden nach einer Rabelwunde der „Frank. Ztg.“ aus Sydney 48 Liberale, 15 Ministerielle, 25 Arbeiter und 2 Unabhängige gewählt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 10. August.

Schnorer! Der Reichsverein versandte kürzlich an seine Mitglieder folgendes Birkular mit der Bitte um Geheimhaltung:

Reichsverein.

Lübeck, im Juli 04.

Sehr geehrter Herr!

Die letzten hiesigen Reichstagswahlen haben wiederum deutlich bewiesen, daß nur durch ein rechtzeitiges geschlossenes Zusammengehen möglichst aller Mitglieder der bürgerlichen Parteien unser Wahlkreis einer nationalen Vertretung zurückgewonnen und die verheerende Latit und der Terrorismus der Sozialdemokratie energisch und erfolgreich bekämpft werden kann.

Von dieser geradezu zwingenden Erkenntnis aus ist, wie Ihnen bekannt, in der letzten Generalversammlung der Anschließung unseres Reichsvereins an die angestrebte Vereinigung der bürgerlichen Parteien zu Lübeck lebhaft befürwortet und beschlossen worden. Der leitende Grundgedanke dieser Vereinigung, die unbedingt auf nationalem Boden steht, ist:

Das Vaterland über die Partei.

Die Vereinigung wird sich vor allem durch praktische, auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnittene soziale Arbeit sowie durch aufwändige und beherrschende Vorträge in Versammlungen und Schriften schon jetzt eifrig zu betätigen suchen.

Es ist selbstverständlich, daß die angestrebten Ziele ohne erhebliche Anstrengung der Anschließung des Reichsvereins vom 1. Juni d. J. gleichgeschlossene Erhöhung des Mindest-Jahresbeitrages von 50 Pfg. auf 1 Mark für diese allgemeinen Zwecke nicht ausreicht.

So es gilt, nationale Interessen zu fördern, die dem Gemeinwohl unserer

Vaterstadt zugute kommen, hat die Opferfreudigkeit unserer Bürger noch nie ver-

Diese Ueberzeugung berechtigt uns, wie wir zuversichtlich glauben, uns an Sie, sehr geehrter Herr, mit der freundlichen Bitte zu wenden, die von Ihnen bisher für den Reichsverein entrichteten Jahresbeitrag nach Ihrer freien Entschliebung möglichst erhöhen zu wollen.

Zur Entgegennahme Ihrer Erklärung wird unser Bote demnächst bei Ihnen sich einfinden.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Wie wär's, wenn man die an chronischem Dalles leidende Kasse des Reichsvereins durch einen Pump bei der sozialdemokratischen Parteikasse etwas stärken würde?

Woran sind die Nationalsozialen gescheitert? Diese Frage beantwortete auf einer am Sonntag hier abgehaltenen Zusammenkunft der Parteifreunde des Nationalsozialen Vereins ein Herr Dr. Struve-Niel wie folgt: Nicht an unsern Ideen, sondern an unsern Wählern. Uns hatten nicht Sozialisten gemählt, auch nicht programmatische Nationalsoziale, sondern in der Mehrheit Liberale. Das war die kleinstbürgerliche Schicht, die in uns die neue liberale Partei sah! Unsere Führer wollten nationale Sozialisten haben, Liberale mit nationalem Gefühl sind ihnen gefolgt. Diese Auslassungen bestätigen die Richtigkeit der 1. Pt. von uns vertretenen Meinung, daß die nationalsoziale Partei als selbständige politische Partei überhaupt keine Daseinsberechtigung gehabt hat. — Uebrigens ist es interessant, daß auf dieser Zusammenkunft in einem Referat gesagt wurde: „Der beste Kampf gegen die Sozialdemokratie ist und bleibt gegen rechts!“ Da es sich bei diesem Kampf gegen rechts in Lübeck nur um die Nationalliberalen handeln kann, so könnten wir also das schöne Schauspiel erleben, daß die Nationalsozialen gegen ihre eigenen Waffengenossen, nämlich die mit ihnen in der Vereinigung bürgerlicher Parteien koalitierten Nationalliberalen, die überhaupt auf der Zusammenkunft arg mitgenommen worden sind, sollen über diesen „rollenwidrigen Seiten sprung“ ihres Bundesgenossen sehr betrübt sein.

Achtung, Schneider! Die Kollegen bei der Firma „Zum alten englischen Laden“, Inhaber Henry Jaak u. Co. in Altona, Kleine Elbstraße, sind wegen Tarifbruchs der Firma in den Streit getreten. Das Geschäft ist daher streng zu meiden.

Der Druckfehlernebel hat in dem Bericht über die Generalversammlung sein böses Spiel getrieben, indem er den Genossen Schwarz anlässlich der Kolonialpolitik ausführen läßt, daß 20 Millionen Menschen alljährlich dem europäischen Kontinent den Rücken fehrten. Unsere Leser werden jedenfalls schon selbst erkannt haben, daß eine solche Auswanderungsziffer zu den Unmöglichkeit gehört. Deshalb sei dieser Passus hiermit dahin richtiggestellt, daß sich obige Zahl auf drei Jahrzehnte, nämlich von 1870—1900, erstreckt.

Aus dem Gerichtssaal. Als stille Teilhaberin fungierte die vorbestrafte Heimgewerfrau J., die in dieser Eigenschaft dem Kaufmann C. Servietten, Handtücher, Spiegel, Seife u. im Gesamtwerte von 36,80 Mk. stahl. Das Schöffengericht erkannte gestern auf 1 Monat Gefängnis. — Untererschlagung beging der Wirtschaftsführer W. in Gronsford dadurch, daß er das für verkaufte Fädel einlassierte Geld im Betrage von 7,50 Mk. nicht an seinen Arbeitgeber abliefern, sondern für sich behielt. W. hielt sich zu dieser Maßnahme besugt, weil er nach seiner Angabe noch Gegenforderungen an seinen Arbeitgeber hatte. Das Gericht sah jedoch die Sache als Unterschlagung an und verurteilte W. zu 30 Mark Geldstrafe. — Ein eigenartiger Freundschafsdienst. Der Knecht M. ging, als er eines Tages seine Taschenuhr vergessen hatte, in die Wohnung seines Freundes und nahm hier dessen Uhr an sich, ohne diesen zu benachrichtigen. Der Freund erstattete Anzeige wegen Diebstahls seiner Uhr und man fand dieselbe schließlich im Koffer der M. Der Angeklagte bestritt, daß es seine Absicht gewesen sei, die Uhr zu stehlen. Er habe nicht die nötige Zeit gehabt, seinem Freund von der Fortnahme der Uhr Kenntnis zu geben. Das Gericht glaubte jedoch diesen Angaben nicht, sondern verurteilte M. zu drei Tagen Gefängnis.

Von einem Einspännerfuhrwerk überfahren und erheblich verletzt wurde gestern morgen gegen 6 Uhr an der Ecke der Fadenburger Allee und Katharinenstraße die im vorgerückten Alter stehende Frau F. in dessen, als sie sich zur Arbeit begeben wollte. Passanten nahmen sich der Verletzten an und ließen sie per Droßkutsche in ihre Wohnung schaffen. Das von einer Frau geleitete Fuhrwerk jagte bezeichnender Weise davon. Die Lenkerin soll jedoch ermittelt sein.

Stelbaurarbeiten halber ist der sogenannte Grüne Weg, welcher von dem Eisenbahnübergang in der Geminierstraße bis zur Gronsford Allee führt, von heute ab bis auf weiteres gesperrt.

Die Notlauffenke auf dem Grundstück des Landwirts Paulsen, Geminierstraße 82, ist erloschen.

pb. Fahrraddiebstahl. In der Nacht vom 7. 8. d. M. wurde aus dem Garten des „Konzerthaus Lübeck“ ein Fahrrad, Marke „Erfolter“, mit schwarzem Rahmen, gebogener Lenkstange, Freilaufvorrichtung und Rücktrittsbremse gestohlen.

Stöckelsdorf. Oldenburger Landtagswahl. Die Wahlmännerwahlen rücken immer näher. Bekanntlich müssen sie in der Zeit vom 11. bis 13. August inkl. stattfinden. Unsere Parteigenossen sind überall im Fürstentum Lübeck, wo nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg ist, an der Arbeit, um die Wahl von sozialdemokratischen Wahlmännern zu betreiben. Zur Unterstützung dieser Wahlarbeit ist, wie ferner bekannt, der Genosse Hug aus Bant, bisher — d. h. seit 1899 — Mitglied des Oldenburger Landtages, nach dem Fürstentum gekommen, um in einer Reihe von Versammlungen Vorträge über den Landtag, die Stellung und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in demselben, sowie die gegenwärtige Situation zu halten. Am Sonntag sprach Gen. Hug in Malente vor etwa 50 Personen. Die Aufmerksamkeit, mit welcher die Zuhörer dem Redner folgten, zeigte, daß das Interesse für die Landtagswahl gemehrt war; sie zeigte aber auch, daß die Verhandlungen des Landtages bisher lange nicht in dem Maße Beachtung gefunden haben, auch nicht von den Arbeitern, wie man es wünschen muß. Hoffentlich wird es in der Zukunft darin besser. Das Resultat der Versammlung war, daß vier Sozialdemokraten als Wahlmänner aufgestellt wurden. Am Montag sprach Genosse Hug in Gutin über dasselbe Thema vor einer gut besuchten Versammlung im „Deutschen Haus“. In derselben war auch das bürgerliche Element stark vertreten. Der in Gutin wohnhafte Landtagsabgeordnete Dähler fand es nicht für angeeignet, der Versammlung beizuwohnen, obgleich sie ihm die denkbar beste Gelegenheit gegeben hätte, über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Die Ausführungen des Redners machten sichtlich auch Eindruck auf die bürgerlichen Versammlungsteilnehmer und veranlaßten einen derselben zu der Erklärung, daß sie in Gutin durch diesen Vortrag erst einen klaren Einblick in die Landtagsstätigkeit und die dort wirkenden Kräfte und zum Ausbruch kommenden Meinungen erhalten hätten. Die Schuld daran sei, daß die Abgeordneten sich wohl gern von dem Plebs wählen ließen, aber den Wählern Bericht zu erstatten nicht für nötig hielten. Der Herr machte noch die interessante Mitteilung, daß der „Verein der freisinnigen Volkspartei“ nach dem bekannten Fischbeck'schen Ausruf: „Lieber mit Krücker als mit Barth!“ auch lieber agrarische oder sonstige reaktionäre Wahlmänner aufstellen wolle, als wirklich liberale Männer, die er „Heißsporne“ nenne. Sozialdemokraten gar als Wahlmänner aufzustellen, halte der Verein nach berühmten Mustern für einen Greuel. Genosse Hug verhehlte nicht, diese „Freisinnigkeit“ der Volksparteiler gebührend zu kennzeichnen. Wie es den Anschein hat, wird in Gutin ein Wahlkompromiß zwischen einer Anzahl bürgerlicher und unseren Parteigenossen zustande gekommen; das sich gegen den für vollsparteilich nationalliberal-agrarischen Klüngel richtet. Hoffentlich kommen unsere Parteigenossen in Gutin dabei nicht zu kurz. Gestern Abend sprach Genosse Hug in einer Parteiversammlung hier in Stöckelsdorf über dasselbe Thema. Die Versammlung war recht gut besucht. Sicher hat die Versammlung dazu beigetragen, daß unsere Genossen trotz der Schwierigkeiten, welche ihnen das indirekte Wahlsystem macht, mit bekannter Regsamkeit und Energie die Wahl betreiben. In Stöckelsdorf findet die Wahl der Wahlmänner am Sonnabend den 13. August statt. Leider nimmt die Wahlzeit schon um 7 1/2 Uhr ihr Ende, wie denn im ganzen Fürstentum wieder recht wenig Rücksicht darauf genommen worden ist, den Arbeitern die Beteiligung an der Wahl zu erleichtern. Sonst ist aus der Wahlbewegung noch zu melden, daß die Agrarier es satt haben, agrarische Nullen nach dem Landtage zu senden, die Häußlinge Weber von Dunkseldorf und Graf v. Revesow sollen hingeschickt werden. Hoffentlich bleiben diesen anmaßenden Herren die Tore des Landtags verschlossen. Eine Parteikonferenz des Fürstentums, die am 21. August in Stöckelsdorf stattfindet, wird sich mit der Abgeordnetenwahl auch befassen. Zu derselben sind von der geliebten Parteiversammlung zwei Vorstandsmitglieder und die Genossen Bull und Lütjens delegiert. In dieser Versammlung wurde der Genosse Fid als Delegierter für den schleswig-holsteinischen Provinzialparteitag in Neumünster gewählt.

Stöckelsdorf. Der Ball des Turnvereins für Stöckelsdorf sollte am 7. August abgehalten werden. Er fand jedoch nicht statt, weil die Genehmigung erst am genannten Tage 2 Uhr nachmittags telegraphisch eintraf, sodaß also an die Abhaltung des Vergnügens nicht mehr zu denken war. Dieser Ball findet nun am 11. September hier statt und behalten die ausgegebenen Karten bis dahin ihre Gültigkeit. — Wen trifft die Schuld an dem so späten Eintreffen des Bescheidens?

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die in der Großen Gärtnerstraße in Altona wohnende Schneiderin Louise Brand wurde von ihrem Bräutigam so schwer mißhandelt, daß sie in der Angst aus dem Fenster des ersten Stockwerks auf die Straße sprang und mit gebrochenen Beinen, sowie schweren Verletzungen am Rücken liegen blieb. Die Unglückliche wurde durch die Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus gebracht. — In Hummelfeld bei Eckernförde traktierten Einbrecher dem Amtsvoersther einen Besuch ab. Sie stahlen ihm 2500 Mark Papiergeld, 3500 Mark in Gold und Silber, ein Portemonnaie mit 450 Mark und den Geldschrankschlüssel. — In Kastrup ist die Postagentur von Groß total niedergebrannt. — In der Kadegast bei Rehna fand man die Leiche des dem Trunke ergebenen Maurers Sch. — Der Arbeiter Gustav Nagel aus Wismar, der am 4. Juni den Gefangenwärter Röder mißhandelte, wurde vom Landgericht zu Schwerin zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. — In Rostock ertrank ein 1 1/2-jähriges Kind im Waschkübel, in den es hineingefallen war. — Bei lebendigem Leibe verbrannt ist in Karow bei Güstrow die Tagelöhnerfrau Peters infolge Explosion eines zum Feueranmachen benutzten Petroleumbehälters. — In Warnemünde fiel der Sohn des Zimmermannes Both ins Wasser und ertrank. — Der Schlepplampfer „Unterweiser 6“ ist nach einem Zusammenstoß mit dem norwegischen Dampfer „Georgia“ auf der Weiser unterhalb Bremen gesunken. Der Kapitän und ein Deizer sind ertrunken, zwei Mann werden vermißt.

Hamburg. Zur Aussperrung der Kohlen-Altfordhäuserleute. Der „Hafenarbeiter“ sieht sich genötigt, am Kopf des Blattes in auffällender Schrift folgende Warnung zu veröffentlichen:

Kollegen von Hamburg-Altona! Allabendlich durchziehen bewaffnete Streikbrechertrupps die Straßen der Hafengegend in der offensbaren Absicht, Euch zu provozieren. Kollegen, bewahrt Eure Ruhe und vereitelt die lauberen Absichten der Oberstufmacher, indem Ihr ihre ebenso lauberen Werkzeuge ignoriert. Ihr seid es Euch, Eurer Familie, der deutschen Arbeiterchaft schuldig. Mache einer auf den andern!

Ferner teilt das Organ des Hafenarbeiterverbandes mit, daß die Strafen, die jetzt über ausgesperrte Kohlen-Altfordhäuserleute wegen — Beleidigung resp. Mißhandlung von Streikbrechern verhängt werden, weit das Maß des Gewöhnlichen überschreiten. Auch dürfte es wohl nicht oft vorkommen, daß man eine kurz vor der Entbindung stehende Arbeiterfrau vor die Schranken des Gerichts zieht und sie dann auf das Zeugnis von — Arbeitswilligen hin wegen Beleidigung dieser — zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Erwähnenswert ist auch die Ausrufung des Staatsanwalts, Assessor Maß vorm Altonaer Schöffengericht: „Wenn wir die Arbeitswilligen schätzen wollen, so muß die Strafe für Arbeitswilligenbeleidigung so empfindlich sein, daß sich die Beleidigten sicher fühlen.“ Es sind bis jetzt, wie wir feinerzeit auch berichtet haben, gerichtlich zwei Kohlenarbeiter, Evers mit 6 Monaten und D. Gaman mit 2 Monaten, sowie die Frauen der Kohlenarbeiter Achilles und Dehlers mit je 14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Wie aus den Reihen der Auskündigen berichtet wird, ist noch eine ganze Anzahl von Anklagen, auch gegen Frauen, anhängig gemacht worden. Die Angeklagten, schreibt mit Recht der „Hafenarbeiter“, mögen in den Augen der Richter und des Ausbeutertums arge Verbrecher sein, wir betrachten sie nach wie vor als Ehrenmänner und ihre Strafen als die Wunden des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Wir begleiten sie bis an die Pforte des Gefängnisses und hoffen, daß sie gesund wieder in unsere Reihen zurückkehren.

Hamburg. Einquartierung bei Sozialdemokraten. Die Sektion für Einquartierung hat in den letzten Tagen die Anmeldungen von Einquartierung zur Kaiserparade verweigert und damit auch eine große Anzahl Parteigenossen in Gimsbüttel, St. Pauli, der Neustadt usw. beklagt. Es dürfte der Militärbehörde, die sonst eifrig darüber wacht, daß die Soldaten mit dem „sozial-

schwebte, suchte man den noch sehr jugendlichen Prinzen auf alle mögliche Weise zu veranlassen, die unbehagliche Lage zurückzuziehen. Auch der Prinz hatte schon früher durch seinen Onkel, den früheren Reichskanzler Fürst Hohenlohe, eine glückliche Regelung der Sache versucht, Hohenlohe erklärte aber, nichts gegen von Mirbach machen zu können. Eines Tages erhielt nun der in Düsseldorf stehende Prinz den dienlichen Befehl, sich im Militärfabinet seiner Majestät in Berlin zu melden. Hier wurde ihm bedeutet, daß er zu einem Hotel in Berlin zu gehen und dort sich mit den Pflegern zu einigen habe. Der Prinz unterschrieb denn auch aus Furcht, Schwierigkeiten in seiner militärischen Laufbahn zu haben und nach den bekannten Versprechungen von Mirbachs (der Prinz war damals mit einer bürgerlichen Dame aus Köln verlobt) sowie in der Hoffnung, dann sofort sein Vermögen zu erhalten, einen Revers, daß ihm Rechnung gelegt sei. Da aber weder die Rechnungslegung, noch die Herausgabe des Vermögens erfolgte, noch auch seitens von Mirbach irgend etwas geschah, um die Zulage, daß die zukünftige Gemahlin des Prinzen den Titel Prinzessin führen dürfe, zu verwirklichen, so war der Prinz gezwungen, dem gerichtlichen Verfahren Fortgang zu geben. Das ist, so versichert die „Trenonia“, der Sachverhalt, wie er sich aus den Akten des Dortmunder Landgerichts ergibt. Ein Ergebnis, das natürlich wieder sehr lebhaft erörtert werden wird. Es hilft nun einmal alles nichts: bis zum Herbst, wo die Mirbachsaffäre in den Parlamenten zur Sprache kommen wird, ist für Stoff zur Diskussion über den Fall Mirbach überreichlich gesorgt. Die Provis des Reichstages erweist sich hier als verfehlt.

Kommen werden sie, aber wann? Ob dem Reichstage bereits in seinem nächsten Tagungsabschnitte Anträge zur „Förderung der Wehrkraft Deutschlands zur See“ werden gemacht werden, steht, wie die „Nat. Corr.“ mitteilt, aus zwei Gründen zur Zeit noch nicht fest. Zunächst lasse sich noch nicht vollständig übersehen, welchen Umfang die Forderungen für die Verstärkung der Wehr zu Lande gewinnen werden, außerdem aber werde für die Art der Geltendmachung weiterer Forderungen auf dem Gebiete der Ausgestaltung unserer Wehr zur See bis zu einem gewissen Grade maßgebend sein die Art der Verwertung der Erfahrungen aus den neuesten Kriegsvorgängen, die die einzelnen Nationen zu ziehen für richtig halten. — Zunächst steht also eine Mehrforderung für das Landheer fest, da wir — welche Ironie! — mit allen Staaten in den freundschaftlichsten Beziehungen leben. Wann dann die Marineforderungen kommen, ist nur eine Frage der nächsten oder der übernächsten Session.

Audienz der Südwestafrikaner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: „Während der bevorstehenden Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers und Königs in Berlin ist, wie wir hören, der Empfang der südwestafrikanischen Farmer in Aussicht genommen.“ — Die Leute hatten bereits die Geduld verloren und wollten unter Verzicht auf die Audienz nach Südwestafrika zurückkehren. Das hätte aber einen schlechten Eindruck gemacht, und darum ersuchte man sie, ebenso höflich wie dringend, noch zu warten. Namentlich war es wieder die „gewisse Presse“, welche die Unzufriedenheit in die Herzen der schlichten und einfältigen Farmer gesenkt hat. Diese Presse erlaubte sich nämlich Bemerkungen darüber zu machen, daß die amerikanischen Milliardäre, die französischen Benzinnatadore und die englischen Textfabrikanten und Jagdbesitzer Audienzen bekommen, jüviel sie wollten, während die notleidenden Farmer warten müßten wie ein Berliner Oberbürgermeister. Ist es da ein Wunder, wenn die Mißgunst der frommen Denkungsart in gärenden Drangestricheln verwandelt wird?

Russischer Dank für Königberg. Aus Rußland wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: „Wilkes Roman „Aus einer kleinen Garnison“ wurde kürzlich in russischer Uebersetzung als Beilage zu der militärischen Zeitschrift „Koswjeschni“ abgedruckt. Die allgemeine Besur sowie die spezielle Militärzensur hatten nichts gegen die Verbreitung dieses Buches eingewendet. Nun aber hat das Ministerium „für Volksaufklärung“ der deutschen Regierung für den Königberger Prolog des Gefellen erwieben, das Buch von Wilke aus dem Volksbibliotheken und den öffentlichen Bibliotheken als „schädliche Schrift“ zu entfernen.

Strappas Weizen blüht! Aus Essen wird gemeldet: „Der Reichstag hat den Auftrag zur Lieferung von 100 000 Scheffel Weizen; von Rumänien zur Lieferung von 300 000 Scheffel Weizen; von Mexiko zur Lieferung von 28 Millionen Franks; von Rußland einen großen Auftrag, angeblich nur in Scheffeln und Schwelgen.“

Honig auf Brot will Väterchen Dabbe seinen kleinen Enkelchen versprechen, die bekanntlich erst nach dem Tode mündig werden. Er hat nämlich seinen durch einen Ministerialerlass den Erbschaftsbesitzern anzuweisen, die Dienstadt als Lebensversicherung zu treiben. Damit hat Auftrag der Dabbe beauftragt, sollen die Besondere und die Dabbe bei den Interzessionen eine Unterstützung durchmachen und dann die Erlaubnis der Erbschaftsbesitzer überreichen. Nach den Verhältnissen wird der Honig gemacht, für die Dabbe zu unterrichten. Der Erbschaftsbesitzer der Dabbe sollen die Besondere und die Dabbe bei den Interzessionen eine Unterstützung durchmachen und dann die Erlaubnis der Erbschaftsbesitzer überreichen. Nach den Verhältnissen wird der Honig gemacht, für die Dabbe zu unterrichten. Der Erbschaftsbesitzer der Dabbe sollen die Besondere und die Dabbe bei den Interzessionen eine Unterstützung durchmachen und dann die Erlaubnis der Erbschaftsbesitzer überreichen.

Die Friedensstunde und die Antisart der Hebräer. Am Montag gab der bayerische Ministerpräsident in der Reichstagskammer eine Erklärung ab, worin er die gegenwärtigen wiederholten Angriffe beider Kammern hebräer und den wackeligen Stand des Reichstages, der der Regierung Schwäche verleihe, als unangelegentlich und unangelegentlich bezeichnet. Die Regierung könne ihre Pläne mit dem Reichstag nicht teilen, sie habe sich nicht entschlossen, die Reichstagskammer zu verlassen, sondern sie werde sich bemühen, die Reichstagskammer zu erhalten. Die Reichstagskammer werde sich bemühen, die Reichstagskammer zu erhalten.

zum objektiven, unparteiischen, aber auch politisch beurteilt werde. Preshing möge das bekannte Buch „Bismarck als Erzähler“ lesen, wo steht, daß Politik die Lehre vom Möglichen sei. Diese Politik, Realpolitik, treibe die bayerische Regierung. Was darüber hinaus gehe, möge gut und schön sein; aber es werde zur Idealpolitik, zur Utopie, wenn nicht noch zu etwas Schlimmerem. Was er im Fall Asch, Pichler getan habe, werde er gegebenenfalls stets wieder tun, vollständig einerlei, für wen und für welche Partei es geschehe. Graf Preshing antwortete umgehend, daß die Regierung dem Befehle der regierungsunfähigen Sozialdemokratie und dem ministerstürzenden Zentrum folgend, die Erklärung abgegeben habe. Er könne aber keine Silbe seiner neulichen Rede zurücknehmen, zumal er Hunderttausende hinter sich wisse, insoweit als er die Regierung der Schwäche geziehen habe. Die Geschichte werde sein Urteil bestätigen. „Aus dem Privatstimium, das Bodewitz mir über die Grenzen des Möglichen gelesen, entnehme ich mit Interesse“ — so schloß Preshing —, „daß die Regierung glaubt, an der äußersten Grenze der möglichen Kraftanwendung angelangt zu sein.“ Lebhafteste Bewilligung entstand im Hause und auf den vollbesetzten Tribünen. Preshing verließ nach der Rede ostentativ den Saal. Wo anstatt das Schloßbeil zu begraben, eine neue Injurie. Aber den Schaden hat — die Regierung.

Strach bei den Jünflern. Der Bund der Handwerker, der ein Seitenstück zum Bund der Landwirte werden sollte, besteht erst wenige Monate. Trotzdem hat er es bereits zu einer Palastrevolution gebracht. In der Delegiertenversammlung des Bundes, die Sonntag in Berlin stattfand, ist nach der „Berl. Ztg.“ dem bisherigen Vorstand mit 7 gegen 6 Stimmen ein Mißtrauensvotum erteilt worden, worauf er sein Amt niederlegte. Die Neuwahl brachte einige neue Männer in den Vorstand. Aktionsfähiger wird er dadurch wohl nicht werden. Es hat sich ja bisher glücklicherweise noch immer gezeigt, daß alle Versuche, das Handwerk in wirtschaftlich rückständige Bahnen zu treiben, in sich selbst zusammengebrochen sind.

Eine sogenannte „Notstandskonferenz“ hat am Sonntag in Breslau stattgefunden. Dort tagte der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien, wobei die Vertreter der Staatsbehörden und landwirtschaftliche Sachverständige sämtlicher Kreise der Provinz zugegen waren, um der durch die Dürre hervorgerufenen Notstand einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Unter den anwesenden Vertretern befand sich der Oberpräsident Graf Zedlitz-Trützschler. Dieser gab zu, daß die Not außerordentlich groß und schwer sei, wenn er auch besonders hervorhob, daß die Ernte in Weizen und Roggen meist gut, ja mitunter sehr gut sei. Wie es mit der Kartoffelernte stehen werde, sei noch nicht ganz abzusehen, eine Besserung sei immer noch möglich; dagegen sei das völlige Versagen der Futterernte zuweifellos. Zum Schluß warnte der Oberpräsident, sich dem Pessimismus allzusehr hinzugeben und die Farben zu dübel aufzutragen; das schade nur der Provinz. Sollte der gegenwärtige Notstand sich noch verschlimmern, sollte keine Besserung eintreten, so werde sowohl die Landwirtschaftskammer als auch er alles tun, damit die Landwirtschaft nicht im Stiche gelassen werde. — Die verständige Mahnung des Oberpräsidenten wird bei dem Agrarierturn, das dauerndes lautes Schreien als das probateste Mittel zur Erlangung von Liebesgaben empfiehlt, nicht viel nützen. Das Berliner Händlerblatt schreibt denn auch schon munter weiter. Daß Handel und Industrie unter dem infolge der Dürre störenden Wasserverkehr ebenso schwer zu leiden hatten, interessiert die Herren Agrarier nicht weiter.

Zum Ortskrankenkassenkonflikt in Leipzig. In der reaktionären Presse wird die Frage erzwungen, ob nicht, nachdem der Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse nur aus Arbeitervertretern besteht, die Behörde die Verwaltung in die Hände nehmen könne. Daran ist aber nach den gesetzlichen Bestimmungen gar nicht zu denken. Im § 39 des Krankenkassengesetzes heißt es ausdrücklich im Absatz 2: „Haben die Arbeitgeber auf die ihnen zustehende Vertretung in der Generalversammlung verzichtet, so können sie diese Vertretung nur mit Ablauf einer Wahlperiode wieder in Anspruch nehmen.“ Somit besteht also der Vorstand der Leipziger Kasse bis zum Februar 1905 nur aus Arbeitervertretern. Genosse Pollender wurde übrigens an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Schwabe, der 12 Jahre dieses Amt bekleidete, zum Vorsitzenden gewählt. Als Zeichen dafür, daß der Vorstand gewillt ist, jetzt ebenfalls energisch der Aufsichtsbehörde gegenüber aufzutreten, ist die Verweigerung der Erlaubnis für die Zulassung der Vertreter der Kreisbauernschaft und des Krankenversicherungsausschusses zur Generalversammlung anzusehen.

Über die etwa 40 russischen Auswanderer, die am 25. Juli durch die Polizei vom Dampfer „Adolf Habersch“ herübergeholt und dann über Jasterburg nach Tüft gebracht wurden, berichtet die „Allg. Ztg.“: „Der Küstler des in Tüft neu gegründeten Vorkomitees der Alliance Israélite Universelle (Allg. Israelitische Bund) gelang es, von der Polizei die Erlaubnis zu erwirken, die Emigranten nach Amerika ordnungsmäßig weiterzuführen, um sie vor dem traurigen Geschehnisse einer zwangsweisen Zurückführung nach ihrer zurechtgefundenen russischen Heimat zu bewahren. Um dieses nachsichtsvolle Verbot zu vollbringen, waren erhebliche Geldmittel erforderlich. So wurden durch Sammlungen in Tüft, Königberg, Jasterburg ca. 300 Mk. aufgebracht.“ — Hiermit stimmt es also, daß die Abfahrt bestand, die Leute, trotzdem sie die Fahrt nach Kopenhagen schon bezahlt hatten, nach Rußland auszuliefern!

Erkennung der Schmutzerei. In Bayern projiziert jetzt ein Mitglied des ältesten Adels, ein Herr v. Pöschinger, gegen seinen eigenen Vater. Um das Pöschingerische Jüdenbrot zu sich zu bringen, verächtlich der edle Sprößling des eigenen Erzeugers, der sich aber veranlaßt, in dem er einen Jungen des jüdischen Sohnes, den Freiherrn v. Gramer-Kleist, des Reichsids befehligte. Aus angeführten Briefen ergibt sich, daß die Pöschingerer im Widerspruch zu dem Inhalte der Briefe stehen. Die Verleumdung ist an der Arbeit, den Schmutz zu vermeiden. Ob der Staatsanwalt noch lange zögern wird, ihre Liebesmüge zu führen? Der Dypus in Schwaben. Auch wird ge-

melbet: Reiter Werlich, geboren 30. 3. 83 in Großkirchen, Kreis Söben, Preußen, früher Leibkürassier, Breslau, 2. 8. an Typhus in Dijonbonu gestorben; Reiter Landmann, geboren 5. 4. 81 in Arnswang, Kreis Cham (Oberpfalz) früher Feldartillerieregiment 33, Meh, am 3. 8. in Dijonbonu an Typhus gestorben.

Kleine politische Nachrichten. Der Bund deutscher Bodenreformer, der zurzeit etwa 190 000 organisierte Anhänger aus allen politischen Parteien zählt, hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die die Bitte enthält, ein Gesetz anzulegen, das allen Hypothekendarlehen unterliegt, unbesetzten Boden zu beleihen. — Die bayerische Kammer genehmigte Montag das Finanzgesetz mit einer Gesamteinnahme von 41 825 26 Mk. Die Session des Landtages wird am Donnerstag vom Prinzregenten geschlossen werden. — Wegen Herausforderung zu einem Zweikampf mit tödlichen Waffen verurteilte die Gerichtskammer des Landgerichts II in Berlin am Montag den Studenten der Rechte Herbert Besser zu drei Monaten Festung; der Kartellträger Hann Freimant erhielt 3 Tage Festung aufbietet. Der Zweikampf, der am 16. Oktober v. J. zwischen Besser und dem Oberleutnant Urb aus Anlaß eines Wirtshausstreites stattfand, ist unblutig verlaufen. — Ein Ministerialrat in Belgrad beschloß, daß die Krönung des Königs Peter nun doch noch, aber so einfach wie möglich, am 21. September vollzogen werde.

Rußland. Eine „Charakteristize des Zaren Nikolaus“ zeichnet Fürst Kropotkin in der neuesten Nummer des „Speaker“, einer Londoner Zeitschrift. Die Annahme, der Zar werde von der Bureokratie verhindert, den wirklichen Zustand Rußlands kennen zu lernen, verweist Fürst Kropotkin von vornherein in's Gebiet der Legende. Er schreibt: „Es gibt kein Land in Europa, in welchem die wirkliche Lage der Bauern und der Landwirtschaft die schlechten Schulverhältnisse, der Mangel an Bildung, die abnorme Lage der Fabrikarbeiter, die Nachteile des Schutzsystems, der Umfang und die Organisation von Handel und Gewerbe im Inland, die Organisation der Reichssteuern in den Landbezirken, Steuerwesen usw. besser erforscht und gründlicher in den Zeitschriften erörtert worden sind, als dies in Rußland der Fall ist. Erhebungen in größtem Maßstabe, die Millionen von Haushaltungen umfassen, sind im Auftrage der Semstwo von Spezialfachleuten mit einem Eifer und einer Genauigkeit ausgeführt worden, wie sie in Regierungsstatistiken nicht oft gefunden werden. Ueber 450 Bände der Ergebnisse solcher Erhebungen sind veröffentlicht, und die dabei gefundenen Tatsachen sind in hunderttausend Zeitschriftenartikeln eingehend erörtert worden. Alle das innere Leben Rußlands betreffenden Mitteilungen, die Stepanof, Volkowsky, ich und alle unsere Freunde im Ausland veröffentlicht haben, sind amtlichen Dokumenten entnommen, in Rußland gelesen und von der russischen Presse besprochen worden. Rußland — so heißt es dann weiter, mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit — kennt seine wunden Stellen; man hindert es nur daran, sie zu heilen. Die Quellen der Erkenntnis fehlen nicht. Aber der Zar gibt sich nicht die Mühe, diese Sachen zu lesen, er liest überhaupt nichts, wie man uns erzählt.“ Jeder Ruf würde die vernichtende Anklage nur abschwächen.

Revolutionäre Propaganda. Ein über ganz Rußland von der Zentrale der polnischen sozialistischen Partei verbreiteter Aufruf schließt mit den Worten: „Plehwas Tod ist noch lange nicht das Ende des Zarentums, sondern nur ein Dolchstoß in seine Grundlagen. Nutzen wir die Gelegenheit aus und verstärken wir den Kampf. Nur, wenn das Zarentum in Trümmern geht, wenn die Fesseln des geknechteten Volkes gelöst sind, dann wird die Möglichkeit schwinden, daß solche Plehwas das große Wort führen. Weg mit dem Zarentum! Es lebe die Freiheit, es lebe das sozialistische Polen!“

Ein Manifest der russischen Revolutionäre an den Zaren? Dem „L. A.“ wird aus Wiener „besonderer Quelle“ gemeldet, daß der Zar, als er von der Verurteilung Plehwas zurückkehrte, in seinem Arbeitszimmer im Palais zu Peterhof ein Manifest der russischen Revolutionäre fand, in welchem die Gründe der Ermordung Plehwas auseinandergesetzt waren, und gleichzeitig erklärt wurde, daß die Terroristenpartei in Ausführung des Beschlusses ihres Aktionskomitees fortfahren werde, alle Hindernisse und Personen zu beseitigen, welche der Befreiung des russischen Volkes von der Despotie im Wege stehen. Der Zar übergab das Dokument dem Justizminister Murawjew, und beauftragte ihn, die Untersuchung selbst zu führen. Der Palastkommandant General Gesse soll seine Ämter entzogen werden.

Reform der Judengesetzgebung? Aus Petersburg wird gemeldet: Eine unter Witkes Vorsitz stattgefundene Ministerratssession beschloß, dem Zaren eine weitgehende Reform der Judengesetzgebung, insbesondere die Abschaffung der Ansiedelungsbeschränkungen sowie die Beseitigung der den Handel und Verkehr der Juden beschränkenden Ausnahmestellung zu unterbreiten. Man tut gut, die Bestätigung dieser Nachricht abzuwarten.

Oesterreich-Ungarn. Der Quaiarbeiterstand in Wien hat sich seit Dienstag weiter ausgedehnt. Auch die Arbeiter der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und der noch übrigen Lagerhäuser auf den Wiener Handelsquais längs der Donau flecken die Arbeit ein, so daß nunmehr der ganze Donauhandel stockt. Zahlreiche Dampfer und Schlepper mit Getreide aus Ungarn liegen am Quai still. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung sowie Verkürzung der Arbeitszeit.

Frankreich. Der internationale Bergarbeiter-Kongress in Paris beschäftigte sich Dienstagvormittag mit dem Achtstundentag. Entgegen dem Vorschlage der Engländer wurde die Resolution der Franzosen angenommen, die den gesetzlichen Achtstundentag, Einfahrt und Ausfahrt inbegriffen, für alle Arbeiter über und unter Tag fordert.

Holland. Kolonialwechseln. Im verflorenen Halbjahr wurde von den niederländischen Kolonialtruppen auf Sumatra ein Kriegszug nach den Gajoe- und Alindandern unternommen.

men. Die Berichte über die einzelnen Gefechte ließen erken-
nen, daß die Niederländer ihre „Siege“ mit wenigen Toten
und Verwundeten erkauften, während die Verluste der Feinde
nach Hunderten zählten. Unter Bruderorgan „Der Volk“
bringt nun eine Uebersicht über die Verluste auf beiden
Seiten in den verschiedenen „Gefechten“, die sich über die
Zeit vom 14. Februar bis zum 20. Juli erstreckt. Das
Endergebnis ist, daß auf niederländischer Seite
20 Mann getötet und 182 verwundet wurden;
dagegen wurden Eingeborene 3420 getötet und
176 verwundet. Die Liste über die verwundeten Ein-
geborenen scheint jedoch unvollständig zu sein, da in den Be-
richten aus den Gajoländern nur die Verwundeten auf nie-
derländischer Seite erwähnt werden. Vielleicht hat man
aber dort nach der ja leider auch in Deutschland nicht un-
bekannten Anweisung „Paradon wird nicht gegeben“ gehandelt
und alles niedergemacht, was einem in den Weg kam, was
um so wahrscheinlicher ist, als unter den getöteten Eingeborenen
auch 784 Frauen und Kinder sind. — Nach
diesen Zahlen zu urteilen, hat es sich nicht um einen Krieg
und um Gefechte gehandelt, sondern um die Abschachtung
wehloser und gar nicht zu ernstem Widerstand geneigter
Menschen.

Spanien.

Ein allgemeiner Aufruhr als Protest gegen die
Schandwirtschaft der pfäfflich-kerikalischen Regierung, übrigens
etwas ziemlich alltägliches in dem Lande Alfonso XIII., ist
in Saragossa ausgebrochen. Alle Geschäfte sind
geschlossen, Gendarmen und Militär patrouillieren in
den Straßen. Mehrere Personen wurden bereits verhaftet.
Auch in Tarragona ist ein ähnlicher Generalstreik aus-
gebrochen.

Ein Attentatsversuch gegen den König von
Spanien? Aus San Sebastian meldet das „Bureau
Herold“: Im Innern des Salonwagens des königlichen
Buges, der den König Alfonso nach Vittoria bringen sollte,
entbedte man vorgefunden 3 Dynamitpatronen. Die
Untersuchung ergab, daß die Patronen durch die Bewegung
des Buges unfehlbar zur Explosion gebracht worden wären
und den Wagen vollständig zertrümmert hätten. Die Kasse
des Königs ist infolgedessen verschoben worden. Von der
Penur werden nur wenig Einzelheiten über diesen Zwischen-
fall durchgelassen. — Die Nachricht ist mit größter Vorsicht
aufzunehmen.

Türkei.

Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten
und der Türkei hat eine ziemlich Verschärfung
erfahren. Die amerikanische Gesandtschaft in Washington
erklärt, „nahezu erschöpft“. Falls der Sultan die ameri-
kanischen Forderungen nicht alsbald bewilligt, würde das
amerikanische Geschwader Smyrna besetzen
und halten, bis Genugtuung gegeben sei. Nach
einer anderen Neutermeldung ist sogar der Abbruch der
diplomatischen Beziehungen bereits in den Bereich der Mög-
lichkeit gerückt. Im amerikanischen Ministerrat setzte Dienst-
tag Hay die Gründe für sein Ansuchen auseinander, daß ein
Geschwader nach Smyrna geschickt werde, und gab dann die
Erklärung ab, wenn die neuerlichen Verhandlungen fehler-
schlagen würden, sei es möglich, daß der amerikanische
Gesandte in Konstantinopel seinen Posten
verlassen und an Bord des amerikanischen Flaggschiffes
gehen werde. Dies würde natürlich eine ziemlich ernste
Lage schaffen.

Afrika.

Auf dem Kongreß der Afrikanerpartei in
Burgersdorp, an welchem gegen 5000 Kapvölker
und Buren teilnahmen, hat, wie aus Kapstadt
berichtet, General Louis Botha in seiner Rede zu Ehren der
gefallenen Kapvölker dringend vor einer Aus-
wanderung der Buren nach Afrika gewarnt. Er sagte, die
deutsche Kolonialverwaltung habe bisher
keinerlei Bürgschaften dafür geboten, daß die
Buren in dem deutschen Schutzgebiet ihre Nationalität er-
halten können.

Australien.

Bei den Wahlen für das Parlament von
New South Wales wurden nach einer Kabinets-
Frank. Stg.“ aus Sydney 48 Liberale, 15 Ministerielle,
25 Arbeiter und 2 Unabhängige gewählt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 10. August.

Schnorer! Der Reichsverein verbandte kürzlich
na seine Mitglieder folgendes Sirkular mit der Bitte um
Geheimhaltung:

Reichsverein.

Lübeck, im Juli 04.

Sehr geehrter Herr!

Die letzten hiesigen Reichstagswahlen haben wieder-
um deutlich bewiesen, daß nur durch ein rechtzeitiges ge-
schlossenes Zusammengehen möglichst aller Mitglieder
der bürgerlichen Parteien unser Wahlkreis einer
nationalen Vertretung zurückgewonnen und die ver-
heerende Latit und der Terrorismus der Sozial-
demokratie energisch und erfolgreich bekämpft werden
kann.

Von dieser geradezu zwingenden Erkenntnis aus ist,
wie Ihnen bekannt, in der letzten Generalversammlung
der Anschließ unserer Reichsvereine an die angeführte
Bereinigung der bürgerlichen Parteien zu Lübeck lebhaft
befürwortet und beschlossen worden. Der leitende Grund-
satz dieser Vereinigung, die unbedingt auf nationalem
Boden steht, ist:

Das Vaterland über die Partei.

Die Vereinigung wird sich vor allem durch prat-
tische, auf die hiesigen Verhältnisse zu-
geschchnittene soziale Arbeit sowie durch auf-
klärende und belehrende Vorträge in Versammlungen
und Schriften schon jetzt eifrig zu betätigen suchen.

Es ist selbstverständlich, daß die angestrebten Ziele ohne erhebliche Unterstützung
nicht möglich sind, und daß die in der General-
versammlung vom 1. Juni d. J. gleich-
mäßig beschlossene Er-
höhung des Mindest-Jahresbeitrages von 50 Pfg.
auf 1 Mark für diese allgemeinen Zwecke nicht aus-
reicht.

So es gilt, nationale Interessen zu
fördern, die dem Gemeinwohl unserer

Vaterstadt zugute kommen, hat die Opfer-
freudigkeit unserer Bürger noch nie ver-
sagt.

Diese Ueberzeugung berechtigt uns, wie wir zuver-
sichtlich glauben, uns an Sie, sehr geehrter Herr, mit
der freundlichen Bitte zu wenden, die von Ihnen bisher
für den Reichsverein entrichteten Jahresbeitrag nach
Ihrer freien Entschliebung möglichst erhöhen zu
wollen.

Zur Entgegennahme Ihrer Erklärung wird unser
Bote demnächst bei Ihnen sich einfinden.
Hochachtungsvoll

Der Vorstand.

Wie wär's, wenn man die an chronischem Dalles
leidende Klasse des Reichsvereins durch einen Pump bei
der sozialdemokratischen Parteikasse etwas
stärken würde?

Voran sind die Nationalsozialen gescheitert? Diese
Frage beantwortete auf einer am Sonntag hier abgehal-
tenen Zusammenkunft der Parteifreunde des National-
sozialen Vereins ein Herr Dr. Struve-Miel wie folgt:
Nicht an unsern Ideen, sondern an unsern Wäh-
lern. Uns hatten nicht Sozialisten gewählt, auch nicht
programmatische Nationalsoziale, sondern in der Mehrheit
Liberale. Das war die kleinbürgerliche Schicht, die in uns
die neue liberale Partei sah! Unsere Führer wollten
nationale Sozialisten haben, Liberale mit nationalem
Gefühl sind ihnen gefolgt. Diese Auslassungen
bestätigen die Richtigkeit der s. St. von uns vertretenen
Meinung, daß die nationalsozialen Partei als selbständige
politische Partei überhaupt keine Daseinsberechtigung
gehabt hat. — Uebrigens ist es interessant, daß auf dieser
Zusammenkunft in einem Referat gesagt wurde: „Der
beste Kampf gegen die Sozialdemokratie
ist und bleibt gegen rechts!“ Da es sich bei die-
sem Kampf gegen rechts in Lübeck nur um die Natio-
nalliberalen handeln kann, so könnten wir also das
schöne Schauspiel erleben, daß die Nationalsozialen gegen
ihre eigenen Waffengenossen, nämlich die mit ihnen in
der Vereinigung bürgerlicher Parteien koalitierten Natio-
nalliberalen, die Streitart schwingen werden. Die National-
liberalen, die überhaupt auf der Zusammenkunft arg mit-
genommen worden sind, sollen über diesen „rollenwidrigen
Seiten sprung“ ihres Bundesgenossen sehr betrübt sein.

Achtung, Schneider! Die Kollegen bei der Firma
„Zum alten englischen Laden“, Inhaber Henry Jaak u. Co.
in Altona, kleine Elbstraße, sind wegen Tarifbruches
der Firma in den Streik getreten. Das Geschäft ist da-
her streng zu meiden.

Der Druckfehlerentwurf hat in dem Bericht über die
Generalversammlung sein böses Spiel getrieben, indem er
den Genossen Schwarz anlässlich der Kolonialpolitik aus-
führen läßt, daß 20 Millionen Menschen alljährlich
dem europäischen Kontinent den Rücken fehrten. Unsere
Leser werden jedenfalls schon selbst erkannt haben, daß
eine solche Auswanderungsziffer zu den Unmöglichkeit-
geheißt. Deshalb sei dieser Kalkül hiermit dahin richtig-
gestellt, daß sich obige Zahl auf drei Jahrzehnte,
nämlich von 1870—1900, erstreckt.

Aus dem Gerichtssaal. Als stille Teilhaber-
in fungierte die vorbestrafte Reinmaße Frau J., die in
dieser Eigenschaft dem Kaufmann C. Servietten, Hand-
tücher, Spiegel, Seife u. im Gesamtwerte von 3680 Mk.
stahl. Das Schöffengericht erkannte gestern auf 1 Monat
Gefängnis. — Unter der Hand beging der Wirtschaft-
führer W. in Gronsford dadurch, daß er das für ver-
kaufte Stück einseitig Geld im Betrage von 750 Mk.
nicht an seinen Arbeitgeber absetzte, sondern für sich be-
hielt. W. hielt sich zu dieser Maßnahme befugt, weil er
nach seiner Angabe noch Gegenforderungen an seinen Ar-
beitgeber hatte. Das Gericht sah jedoch die Sache als
Unterdrückung an und verurteilte W. zu 30 Mark
Geldstrafe. — Ein eigenartiger Freund-
schaftsdienst. Der Knecht R. ging, als er eines Tages
seine Taschenuhr vergessen hatte, in die Wohnung seines
Freundes und nahm hier dessen Uhr an sich, ohne diesen
zu benachrichtigen. Der Freund erstattete Anzeige wegen
Diebstahls seiner Uhr und man fand dieselbe schließlich im
Koffer der R. Der Angeklagte bestritt, daß es seine Uhr
gewesen sei, die Uhr zu stehlen. Er habe nicht die
nötige Zeit gehabt, seinem Freund von der Fortnahme der
Uhr Kenntnis zu geben. Das Gericht glaubte jedoch diesen
Angaben nicht, sondern verurteilte R. zu drei Tagen Ge-
fängnis.

Von einem Einspännerfuhrwerk überfahren und er-
heblich verletzt wurde gestern morgen gegen 6 Uhr an der
Ecke der Jadenburger Allee und Katharinenstraße die im
vorgeordneten Alter stehende Frau Findeisen, als sie
sich zur Arbeit begeben wollte. Passanten nahmen sich
der Verletzten an und ließen sie per Droschke in ihre
Wohnung schaffen. Das von einer Frau geleitete Fuhr-
werk jagte bezeichnender Weise davon. Die Verletzte soll
jedoch ermittelt sein.

Stielbauarbeiten halber ist der sogenannte Grüne
Weg, welcher von dem Eisenbahnübergang in der Ge-
mainerstraße bis zur Gronsford Allee führt, von heute ab
bis auf weiteres gesperrt.

Die Notlauffische auf dem Grundstück des Landwirts
Paulsen, Gemainerstraße 82, ist erloschen.

pb. Fahrraddiebstahl. In der Nacht vom 7. 8. d. M.
wurde aus dem Garten des „Konzerthaus Lübeck“ ein
Fahrrad, Marke „Erfol“ mit schwarzem Rahmen, ge-
bogener Lenkstange, Freilaufvorrichtung und Rücktritt-
bremse gestohlen.

g. Stöckelsdorf. Oldenburger Landtagswahl.
Die Wahlmännerwahlen rücken immer näher. Bekanntlich
müssen sie in der Zeit vom 11. bis 13. August inkl. statt-
finden. Unsere Parteigenossen sind überall im Fürstentum
Lübeck, wo nur einigermaßen Aussicht auf Erfolg ist, an
der Arbeit, um die Wahl von sozialdemokratischen Wahl-
männern zu betreiben. Zur Unterstützung dieser Wahl-
arbeit ist, wie ferner bekannt, der Genosse H. u. aus Banz,
bisher — d. h. seit 1899 — Mitglied des Oldenburger Land-
tages, nach dem Fürstentum gekommen, um in einer Reihe
von Versammlungen Vorträge über den Landtag, die
Stellung und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Ab-
geordneten in demselben, sowie die gegenwärtige Situation
zu halten. Am Sonntag sprach Gen. H. in Malente
vor etwa 50 Personen. Die Aufmerksamkeit, mit welcher
die Zuhörer dem Redner folgten, zeigte, daß das Interesse
für die Landtagswahl gewickelt war; sie zeigte aber auch,
daß die Verhandlungen des Landtages bisher lange nicht
in dem Maße Beachtung gefunden haben, auch nicht von
den Arbeitern, wie man es wünschen muß. Hoffentlich
wird es in der Zukunft darin besser. Das Resultat der
Versammlung war, daß vier Sozialdemokraten als
Wahlmänner aufgestellt wurden. Am Montag
sprach Genosse H. in Gutin über dasselbe Thema vor
einer gut besuchten Versammlung im „Deutschen Haus“.
In derselben war auch das bürgerliche Element stark ver-
treten. Der in Gutin wohnhafte Landtagsabgeordnete
Dähler fand es nicht für angezeigt, der Versammlung
beizumohnen, obgleich sie ihm die denkbar beste Gelegenheit
gegeben hätte, über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Die Ausführungen des Redners machten sichtlich auch Ein-
druck auf die bürgerlichen Versammlungsteilnehmer und
veranlaßten einen derselben zu der Erklärung, daß sie in
Gutin durch diesen Vortrag erst einen klaren Einblick in
die Landtagsstätigkeit und die dort wirkenden Kräfte und
zum Ausdruck kommenden Meinungen erhalten hätten.
Die Schuld daran sei, daß die Abgeordneten sich wohl
gern von dem Plebs wählen ließen, aber den Wählern
Bericht zu erstatten nicht für nötig hielten. Der Herr
machte noch die interessante Mitteilung, daß der „Verein
der freisinnigen Volkspartei“ nach dem bekannten Stich-
worte: „Lieber mit Kröcher als mit Barth!“
auch lieber agrarische oder sonstige reaktionäre Wahlmänner
aufstellen wolle, als wirklich liberale Männer, die er „Hei-
sporne“ nenne. Sozialdemokraten gar als Wahlmänner
aufzustellen, halte der Verein nach berühmten Mustern für
einen Frevel. Genosse H. verfehlte nicht, diese „Frei-
sinnigkeit“ der Volksparteier gebührend zu kennzeichnen.
Wie es den Anschein hat, wird in Gutin ein Wahlkompro-
miß zwischen einer Anzahl bürgerlicher und unseren Par-
teigenossen zustande gekommen, das sich gegen den für
volksparteilich nationalliberal-agrarischen Flügel richtet.
Hoffentlich kommen unsere Parteigenossen in Gutin dabei
nicht zu kurz. Gestern Abend sprach Genosse H. in einer
Parteiversammlung hier in Stöckelsdorf über das-
selbe Thema. Die Versammlung war recht gut besucht.
Sicher hat die Versammlung dazu beigetragen, daß unsere
Genossen trotz der Schwierigkeiten, welche ihnen das
indirekte Wahlrecht macht, mit bekannter Regsamkeit und
Energie die Wahl betreiben. In Stöckelsdorf findet die
Wahl der Wahlmänner am Sonnabend den 13. August
statt. Leider nimmt die Wahlzeit schon um 7 1/2 Uhr ihr
Ende, wie denn im ganzen Fürstentum wieder recht wenig
Rücksicht darauf genommen worden ist, den Arbeitern die
Beteiligung an der Wahl zu erleichtern. Somit ist aus
der Wahlbewegung noch zu melden, daß die Agrarier es
satt haben, agrarische Wahlen nach dem Landtage zu
fenden, die Hauptlinge Weber von Dunkelshof und Graf
v. Levetzow sollen hingerichtet werden. Hoffentlich bleiben
diesen anmaßenden Herren die Tore des Landtags ver-
schlossen. Eine Parteikonferenz des Fürstentums, die am
21. August in Stöckelsdorf stattfindet, wird sich mit der
Abgeordnetenwahl auch befassen. Zu derselben sind von
der getrigen Parteiverammlung zwei Vorstandsmitglieder
und die Genossen Bull und Lütjens delegiert. In
dieser Versammlung wurde der Genosse Fick als Dele-
gierter für den schleswig-holsteinischen Provinzialpartei-
tag in Neumünster gewählt.

e. Stöckelsdorf. Der Ball des Turnvereins
für Stöckelsdorf sollte am 7. August abgehalten werden.
Er fand jedoch nicht statt, weil die Genehmigung erst am
genannten Tage 2 Uhr nachmittags telegraphisch eintraf,
sodas also an die Abhaltung des Vergnügens nicht mehr
zu denken war. Dieser Ball findet nun am 11. Sep-
tember statt und behalten die ausgegebenen Karten bis
dahin ihre Gültigkeit. — Wen trifft die Schuld an dem so
späten Eintreffen des Bescheides?

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die in der
Großen Gärtnerstraße in Altona wohnende Schneiderin
Louise Brand wurde von ihrem Bräutigam so schwer
mißhandelt, daß sie in der Angst aus dem Fenster des
ersten Stockwerks auf die Straße sprang und mit ge-
brochenen Beinen, sowie schweren Verletzungen am Rück-
grat liegen blieb. Die Unglückliche wurde durch die Sa-
nitätskolonne nach dem Krankenhaus gebracht. — In
Hummelsfeld bei Eckernförde stalteten Einbrecher dem
Lautsprecher einen Besuch ab. Sie stahlen ihm 200
Mark Papiergeld, 350 Mark in Gold und Silber, ein
Portemonnaie mit 450 Mark und den Geldschrankschlüssel.
— In Altona ist die Postagentur von Groß total
niedergebrannt. — In der Kadegast bei Rehna fand
man die Leiche des dem Trunke ergebenen Maurers Sch.
— Der Arbeiter Gustav Nagel aus Wismar, der am
4. Juni den Gefangenwärter Röder mißhandelte, wurde
vom Landgericht zu Schwerin zu 18 Monaten Gefängnis
verurteilt. — In Rostock erkrankte ein 1-jähriges Kind
im Wächstübel, in den es hineingefallen war. — Bei
lebendigem Leibe verbrannt ist in Karow bei Gültrow die
Tagelöhnerin Peters infolge Explosion eines zum
Feueranmachen benutzten Petroleumbehälters. — In
Warne münde fiel der Sohn des Zimmermannes
Both ins Wasser und ertrank. — Der Schleppdampfer
„Unterweiser 6“ ist nach einem Zusammenstoß mit dem
norwegischen Dampfer „Georgia“ auf der Weser unterhalb
Bremen gesunken. Der Kapitän und ein Heizer sind
ertrunken, zwei Mann werden vermißt.

Hamburg. Zur Ausperrung der Kohlen-
Affordschauerleute. Der „Gafenarbeiter“ sieht sich
genötigt, am Kopf des Blattes in auffallender Schrift fol-
gende Warnung zu veröffentlichen:

Kollegen von Hamburg-Altona! Abendlich durch-
ziehen bewaffnete Streikbrechertrupps die Straßen der
Hafengegend in der offenkundigen Absicht, Euch zu provo-
zieren. Kollegen, bewahrt Eure Ruhe und verwehrt die
jauberen Absichten der Obercharmanacher, indem Ihr ihre
ebenso jauberen Werkzeuge ignoriert. Ihr seid es Euch,
Eurer Familie, der deutschen Arbeiterchaft schuldig,
Nichte einer auf den andern!

Ferner teilt das Organ des Gafenarbeiterverbandes
mit, daß die Strafen, die jetzt über ausgeperrte Kohlen-
Affordschauerleute wegen — Beleidigung resp. Mißhand-
lung von Streikbrechern verhängt werden, weit das Maß
des Gemüthlichen überschreiten. Auch dürfte es wohl
nicht oft vorkommen, daß man eine kurz vor der
Entbindung stehende Arbeiterfrau vor die
Schranken des Gerichts zieht und sie dann auf das Zeug-
nis von — Arbeitswilligen hin wegen Beleidigung dieser
— zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Erwähnungswert
ist auch die Neuherung des Staatsanwalts, Meßior Max
vorn Altonaer Schöffengericht: „Wenn wir die Arbeits-
willigen schäken wollen, so muß die Strafe für Arbeits-
willigenbeleidigung so empfindlich sein, daß sich die Be-
leidigten sicher fühlen.“ Es sind bis jetzt, wie wir fernerzeit
auch berichtet haben, gerichtlich zwei Kohlenarbeiter, Gers
mit 6 Monaten und D. Haman mit 2 Monaten, sowie die
Frauen der Kohlenarbeiter Achilles und Dehlers mit je
14 Tagen Gefängnis bestraft worden. Wie aus den
Reihen der Ausständigen berichtet wird, ist noch eine ganze
Anzahl von Anklagen, auch gegen Frauen, anhängig
gemacht worden. Die Angeklagten, schreibt mit Recht der
„Gafenarbeiter“, mögen in den Augen der Richter und
des Ausbentertums arge Verbrecher sein, wir betrachten
sie nach wie vor als Ehrenmänner und ihre
Strafen als die Wunden des wirtschaftlichen Klassen-
kampfes. Wir begleiten sie bis an die Pforte des Ge-
fängnisses und hoffen, daß sie gesund wieder in unsere
Reihen zurückkehren.

Hamburg. Einquartierung bei Sozial-
demokraten. Die Sektion für Einquartierung hat in
den letzten Tagen die Anmeldungen von Einquartierung
zur Kaiserparade verweigert und damit auch eine große An-
zahl Parteigenossen in Gimsbüttel, St. Pauli, der Neu-
stadt usw. beglückt. Es dürfte der Militärbehörde, die sonst
eifrig darüber wacht, daß die Soldaten mit dem „sozial-

An die Parteigenossen des Fürstentums Lübeck!

Parteigenossen!

Am Sonntag, den 21. August d. J. s. nachmittags 3 Uhr findet im Salale des Herrn F. A. Paetau, Fackenburg eine Partei-Konferenz für das Fürstentum Lübeck statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Vororts.
2. Bericht der einzelnen Organisationen.
3. Die bevorstehenden Wahltagwahlen.
4. Anträge zum Provinzial-Parteitag in Neumünster.
5. Wahl des Vororts.

Die Parteigenossen werden ersucht, Stellung zu der Konferenz zu nehmen. Die Konferenz ist öffentlich.

Um rege Beteiligung ersucht

Mit sozialdemokratischem Gruß
H. Sid., Stodellsdorf
Vertrauensmann.

Eine Justizaktion.

In den letzten Tagen haben wir wiederholt berichtet, daß gegen die Genossen Hecht und Schiller in Krimmitschau von der Staatsanwaltschaft Widaun ein Verfahren wegen Meineids bezw. Verleitung zum Meineid eingeleitet worden sei. Wir hielten es anfänglich nicht für möglich, daß die Aktion der Staatsanwaltschaft über das erste Stadium des Verfahrens hinaus gehen könnte. Doch wir haben uns wieder einmal verrechnet. Nachdem in der letzten Woche über den Genossen Hecht die Briefsperrverhängung worden war, sind am Sonnabendnachmittag, wie jetzt der „L. Volksztg.“ aus Krimmitschau berichtet wird, die Genossen Hecht und Schiller in Untersuchungshaft genommen worden.

Diese neueste Justizaktion hat bekanntlich ihren letzten Grund in dem großen Krimmitschauer Textilarbeiterkampf. Neben den Polizeiprozessen wurden auch von den Fabrikanten Massenprozesse wegen Verleitung gegen die Führer der Textilarbeiterbewegung angehängt. In einem dieser Prozesse wurde Hecht zu drei Wochen Gefängnis wegen Verleitung des Fabrikanten Lukas Schmidt verurteilt. Als Entlassungsbedingungen fungierten die Genossen Schiller und Rothe. Letztere sollen in dem Prozesse, um Hecht zu entlasten, Meineid geleistet und Hecht soll sie dazu angeleitet haben. Bei der Wichtigkeit der Sache ist es am Platze, noch einmal die Vorgeschichte der Aktion zu rekapitulieren. Am 12. März erschien auf dem Bureau des Textilarbeiterverbandes in Krimmitschau der Färbereiarbeiter Vogel, um seine Frau, die ohne sein Wissen Mitglied des Verbandes war, abzumelden. Zu der Zeit lag der Geschäftsführer Hecht im Gefängnis. Er verblühte vom 5. bis 19. März eine Strafe von 14 Tagen wegen Streikvergehens. Die Geschäfte führte an seiner Stelle der frühere Färbereiarbeiter Schiller. Zwischen diesem und dem Färbereiarbeiter Vogel entstand eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf Schiller gesagt haben soll: „Sagen Sie es nur dem Fabrikanten Schmidt, daß er ein großer L... sei“. Vogel hat wohl nicht getrachtet, daß Hecht im Gefängnis war, und so hat er Schiller für diesen gehalten. Auf Grund von Vogels Aussagen, der den Tag der Auseinandersetzung auf den 19. März verlegte, wurde Hecht verurteilt. Fabrikant Schmidt hat ursprünglich im Südbahnhof den 12. März als Tag des Vorgangs im Verbandsbureau angegeben. Später wurde das Datum geändert. Hecht legte Verurteilung ein, und im neuen Termin beauftragten Rothe und Schiller, daß der Vorfall nicht mit Hecht, sondern mit Schiller gewesen sei, und zwar zu der Zeit, wo Hecht im Gefängnis war. Trotzdem wurde Hecht auch in zweiter Instanz verurteilt; das Gericht flüchtete sich trotz der eidlischen Aussagen Rothes und Schillers

allein auf die Aussage Vogels. Dann mußten eben, folgert nun die Staatsanwaltschaft, Rothe und Schiller Meineid geleistet haben. So weit wir Kenntnis von der ganzen Sache haben, sind wir fest überzeugt, daß Vogel einem Verurteilung unterlegen, unsere Genossen Rothe und Schiller die Wahrheit beschworen und Hecht unschuldig verurteilt worden ist. Wir hoffen deshalb zuversichtlich, daß der Prozeß mit einer glänzenden Rechtsfertigung unserer Genossen — neben Hecht und Schiller dürfte wohl auch Rothe, der nach der Aussperrung nach Köln übergesiedelt war, auf der Anklagebank Platz nehmen müssen — und als eine Niederlage der Anklagebehörde enden wird. In diesem Falle wäre auch dem Genossen Hecht Gelegenheit geboten, im Wiedernahmeverfahren die Aufhebung des gegen ihn ergangenen Urteils durchzusetzen. Ein solcher Erfolg hätte allerdings nur moralische Bedeutung für Hecht, denn die Strafe hat er ja längst verbüßt.

Die neueste Justizaktion aber wirft wieder ein helles Licht auf unsern Gegenwartskampf mit seiner Klassenjustiz. Unbefangener Betrachtung der Entwicklungsgeschichte des Falles muß sich das Ergebnis aufdrängen, daß die innere Wahrscheinlichkeit gegen die Schuld der Beschuldigten spricht. Ein Staatsanwalt aber tritt an jeden Arbeiter mit dem Vorurteil heran, daß er des schweren Vergehens des Meineids fähig sei, wenn er einen seiner Klassen Genossen dadurch vor einer lumpigen Strafe schützen könne. Die Arbeiter, die im politischen Kampfe stehen, sind aber viel zu aufgeklärt, als daß sie nicht das Unsinvolle erkannt haben sollten, sich durch eine falsche Aussage der Gefährten schwerer entehrender Strafe auszusetzen.

Die Spezialität der politischen Meineidprozesse ist in Deutschland nichts Seltenes. So weit in solchen Prozessen Sozialdemokraten als Angeklagte und Verurteilte in Frage kamen, hat die Geschichte ihr Urteil abgegeben und die Verurteilten von der ihnen aufgebürdeten schweren Schuld ledig gesprochen. Wir erinnern nur an den Essener Meineidprozeß gegen Schröder und Genossen. Auch in dem Krimmitschauer Falle — mag der Ausgang des Prozesses sein, welcher er will — wird die öffentliche Meinung die Angeklagten freisprechen.

Streiks und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Zug von Glasernaach Berlin ist ferngehalten, da Differenzen ausgebrochen sind. Die Berliner Marmor- und Kalksteine haben eine Tarifbewegung seit längerer Zeit vorbereitet. Am Sonnabend wurde nun der Tarifentwurf von einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Branche endgültig durch beraten und einstimmig gutgeheißen. Ferner wurde beschlossen, den Unternehmern den Tarifentwurf nebst einem Zirkular am Montag zu übersenden und bis zum nächsten Sonnabend Antwort zu verlangen. Die Klemmner in Chemnitz hatten den Meistern einzeln einen Tarifentwurf vorgelegt. In einer am 7. August abgehaltenen Versammlung wurde das Resultat dieses Vorgehens bekannt gegeben. Nur 9 Meister hatten den Tarif durch Unterschrift anerkannt. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die besagt, daß der Tarif mit Hilfe eines partiellen Streiks zur Einführung gebracht werden soll. Die Gewerkschaften der Textilarbeiter bereiten eine Lohnbewegung vor. Sie verlangen 20 Prozent Lohnerhöhung. Der Maurerstreik in Gera dauert nun bereits zwei Monate. Es ist auch nicht anzunehmen, daß er dieses Jahr beendet wird, da beide Teile nicht nachgeben. Die Lohnbewegung der Maurer in Gelsenkirchen, die laut einer Notiz in der bürgerlichen Presse beendet sein soll, dauert fort. Da infolge der Unmöglichkeit die dortigen Maurer mit Zugung überschwennt werden, wird gebeten, besonders zu beachten, daß der Lohnkampf in aller Schärfe weiter geführt wird. Auf Veranlassung des bergischen Unternehmervereins fanden Freitag Einigungs-Verhand-

lungen zwischen Vertretern der Firma Bayer u. Co. und den streikenden Arbeitern in Leberkusen statt. Sie verliefen ergebnislos, da die Direktion bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter verlangte. Sie befreit, daß Mißstände innerhalb des Betriebes bestehen; soweit solche bestanden hätten, seien sie beseitigt worden. — Die Metallarbeiter der Beleuchtungsindustrie, circa 200 Mann, bei den Firmen Gasapparat- und Gußwerk Oberdhan u. Beck, Busch, Maschmann u. Co. und Fischer in Mainz sind infolge von Lohn Differenzen am 8. August in den Ausstand eingetreten.

Der 8. Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Dresden setzte am Sonnabend die Debatte über die zum Statut gestellten Anträge fort. Es wurden verschiedene Änderungen beschlossen, die aber fast nur verwaltungsmäßiges Interesse haben. Als Sitz des Verbandes wurde wieder Berlin bestimmt; als Sitz des Ausschusses Hamburg. Die bisherigen Verbandsfunktionäre wurden wiedergewählt, und zwar als erster Vorsitzender Stühmer, Berlin, als zweiter Vorsitzender Holzhäuser, Berlin, als Kassierer Kämring, Berlin und als Redakteur Sabbath, Berlin. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der achte ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufe Deutschlands bedauert lebhaft, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags bis jetzt zu den Ergebnissen des Heimarbeiterschutzkongresses in Berlin keine Stellung genommen hat. Der Verbandstag erwartet, daß in entsprechender Weise die Fraktion, als Vertreterin der Arbeiterinteressen, bei nächster Gelegenheit die Führung in der Frage des heimarbeiterschutzgesetzes übernimmt. Insbesondere wird eine entschiedene Haltung dem Bundesrat gegenüber verlangt, der bis jetzt von den ihm zustehenden Befugnissen, betreffend Ausdehnung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze auf die Hausindustrie, nur einen minimalen und völlig unzulänglichen Gebrauch gemacht hat.“ Zur Frage „Tarife und Tarifverträge“, welcher Punkt schon in der Generaldebatte behandelt wurde, hatte die dazu gewählte Kommission die bereits auszugsweise bekannt gegebene Resolution wieder vorgelegt, die aber in der nochmals kurz eröffneten Spezialdebatte auf Widerspruch stieß. Die Kommission hat zum Punkt „Einheitslöhne für Heim- und Werkstattdarbeiter“ eine Änderung in Vorschlag gebracht, die ein Kompromiß zwischen den Anhängern und Befürwortern dieses Punktes der Resolution ist. Trotzdem bildete dieser Punkt die Veranlassung zu dem sich zeigenden Widerspruch, weil verschiedene Delegierte der Ansicht waren, daß durch die Forderung eines Einheitslohns für Heim- und Werkstattdarbeiter, die ersteren doch mit einer Lohnreduktion zu rechnen hätten, weil sie dann den prozentualen Zuschlag, den sie jetzt erhalten, einbüßen würden. Das wurde von der anderen Seite bestritten und wiederholt, daß es notwendig sei, im Sinne dieses Abschlusses der Resolution vorzugehen, weil sonst es mit der Forderung von Betriebswertstätten nicht vorwärts gehen würde. Diese Frage stehe damit im engsten Zusammenhang. Der Kompromißvorschlag ging dahin, daß Heimarbeiter, für die Betriebswertstätten nicht errichtet werden können, den Zuschlag erhalten sollen. Dieser soll mindestens 10 Prozent betragen. Dem wurde nach Schluß der Debatte mit großer Mehrheit zugestimmt. Die übrige Fassung der Resolution wurde mit einigen Änderungen von geringerem Interesse darauf angenommen. Außerdem wurden zwei weitere Resolutionen zum Beschluß erhoben. Davon lautete die eine: „Um dem arbeitslosen, provokatorischen Auftreten des Arbeitgeberverbandes, welcher offensichtlich die krampfhaftesten Anstrengungen macht, unsere heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich zu verschlechtern, in geeigneter Weise entgegenzutreten zu können, beschließt der 8. Verbandstag folgendes: 1. daß die Anfertigung von Streikarbeit innerhalb oder außerhalb des in Frage stehenden Gebietes unter allen Umständen zu inhibieren

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

(11. Fortsetzung.)

Auf dem Gang zur Eklyle war Tobias ruhig; als er aber langsam dem Ziel des Abends entgegenwanderte, fing sein Herz an zu schlagen. Er verwunderte sich über die erneute Bangigkeit, wo er doch ganz entschlossen gewesen war, und ärgerte sich darüber; aber das bewirkte nicht, daß sie nachließ. Das Herzklopfen und Beben dauerte fort und geriet in einen Gang, als ob es heute nicht leicht mehr aufhören wollte. Am Haus des Pfarrhofs angekommen, machte er Halt und verlor sich wartend in dumpfes Sinnen. Auf einmal schlug die Glocke auf dem nahen Kirchturm so stark, wie er nie geglaubt hätte, daß es möglich wäre. Nach leichtem Schreck sich fassend, zählte er die Schläge. Es waren elf. — Die Zeit war gekommen — es mußte gewagt sein!

Indem er sich vorsichtig umschaute und zu seinem Troste niemand gewahrte, schlich er zu der Hofstüre, öffnete sie, lehnte sie wieder an und zog sich hinter den Holzerbaum zurück. Hier konnte er nicht gesehen werden, aber auf dem Ruf der Geliebten gleich erscheinen.

Die Stille des Grabes umgab ihn. Die dunkle Nacht, die nur von einzelnen, zwischen Wolken vorblitzenden Sternen erhellt war, der heilige Bezirk, in dem er sich befand, und der ganze feierliche Umkreis stimmten ihn ernst und ernst. Er begann zu überlegen, was er eigentlich im Sinn habe, und wie es anfallen könnte. Bei tieferer Empfindung, bei einem Geißel, der durch Furcht erschärft und zu lebhaftesten Vorstellungen befähigt war, die Größe seines Raquisses im hellen Licht und besonders durch diejenige Seite des Unternehmens getrieben, wonach es als eine Entweihung des Pfarrhauses angesehen werden konnte. Zur Nachzeit, heimlich wie ein Dieb, drang er in die Wohnung des Geistlichen! — Wenn es nun unglücklich abläufe?

Wenn die Pfarrleute erwachten und ihn bei dem Mädchen trafen, was dachten diese von ihm? — Daß er der unverschämteste und gottloseste Mensch sei auf der ganzen Welt! Und sie behandelten ihn, wie er's nach ihrer Meinung verdiente — die Sache kam auf, kam im Dorf herum — und sein Vater, den er auf alle Weise angelogen hatte, schlug ihn zum Krüppel! Die Wäbe verlor den Dienst und mußte aus dem Dorf — alles war aus und alles verloren! — Wer konnte gutsehen, daß es nicht so ging? Alte Leute haben keinen festen Schlaf; — und es gibt Dinge, wo der Teufel den Teufel weiter wirft und alle Vorsicht zu Schanden macht, weil's eben nicht sein soll, daß sie durchgehen.

Diese Gedanken und Vorstellungen erzeugten sich unaufhaltsam nacheinander in ihm und versetzten ihn in eine Besorgnis, eine Angst, daß er unwillkürlich hinter dem Banne vortrat und seinen Blick nach der Hofstüre richtete. Es war der böse Feind, der die Wäbe bewogen hatte, ihm diesen Vorschlag zu machen und ihn und sie zu Grunde zu richten! Das war ja gerade das Allerschlimmste und Allergefährlichste, was sie unternehmen konnten! — Und mußte er ihr nun folgen, bloß weil er's versprochen hatte? War es nicht vielmehr seine Pflicht, für sie gescheit zu sein und sich in die Gefahr, worin sie umkommen würden, gar nicht zu begeben? War es nicht jetzt, wo es noch Zeit war, das Allerbeste für beide, wenn er den Pfarrhof suchte verließ und ruhig nach Hause ging?

In dem Augenblick, wo er diese Erwägung machte, drehte sich ein Schlüssel im Schloß der Haustüre, und wie von selber trat er sein Fuß hinter den Baum. Die Türe ging auf, die Wäbe trat auf die Schwelle und sah umher. Wie sie den Erwarteten nicht erblickte, entschlüpfte ein aus der tiefsten Brust kommendes „Ah“ ihrem Mund. In diesem „Ah“ lag so viel Bedauern, so viel getäuschte Hoffnung, so viel Geirtheit, daß es den Vorschlag in die Seele traf. Er ging vor und richtete seine Schritte nach der Türe. Und nun folgte ein anderes „Ah“, das Freude, Liebe, Beifall

ausdrückte und auf seine Seele noch ergreifender wirkte. An dem Austritt angekommen, bot er ihr seine guten Abend; die Wäbe rief in kräftigem Flüsterton: Komm! und winkte ihm energisch. In demselben Moment glaubte er von der Gasse die Schritte eines Vorübergehenden zu vernehmen — hastig stieg er hinan und trat über die Schwelle.

Es war geschehen. Der Pfad war ihm gewiesen, er konnte nicht mehr zurück und mußte vorwärts — zum Heil oder zum Verderben. Aber wie sollte er vorwärts? Die Wäbe hatte die Türe wieder zugemacht und eingeklingelt — tiefes Dunkel umging sie. In der schauerlichen Finsternis wurde ihm das Schwarze seiner Tat wieder recht fühlbar, und das Herzklopfen begann aufs neue. Er ergriff die Hand der Wäbe mit dem Instinkt der Furcht, die nach der Verbindung mit dem Mute trachtet, und drückte sie — die gute Wäbe meinte, aus Liebe! Aber gleich sollte sie enttäuscht werden. Wäbe, flüsterte der Schneider, eh' wir weiter gehen, laß uns überlegen! In dem Haus ist's fürchterlich dunkel, ich seh' nicht einen Stich und bin nicht so bekannt hier, daß ich blind hin und her gehen könnte. Wenn ich falsch treten und an etwas anstoßen täte und die Pfarrleute wüßten aufwachen! — Ein Beben seiner Hand ergänzte den Satz. — Das Mädchen hatte überlegt. Um in ihre Kammer zu gelangen, mußte man die Stiege hinauf und oben im Gang an der Schlafstube der Herrschaft vorbei. Eben im Gang standen aber zwei Kästen, an die ein Unkundiger sich wohl stoßen konnte. Tobias war in einer Gemütsverfassung, in der man nicht sicher zu gehen pflegt — er hatte Angst, der gute Wäbe, und ein Fehltritt war möglich, auch wenn sie ihn führte. Sie mußte ein Uebrires tun, das sah sie schon, und er, der ungeachtet seiner Furchtsamkeit gekommen war, um von ihr einen kühnen Vorschlag zu hören, verdiente es auch.

Mit dem Wohlwollen halb einer Lebenden, halb einer Mutter, sagte sie: Du hast recht. Weißt was? Ich kann mich um so besser aus hier, und ich „geh“ dich hian-

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters. 23. Juli. Arbeiter K. A. F. Hansson. Zimmermeister J. G. D. G. Trilk. 24. Kutscher F. G. C. Johanne Schloffer J. G. H. Burmeister. 26. Arbeiter H. G. A. Müß. 28. Schlachter H. W. Th. Spangenberg. Gändl J. J. L. Topp. 29. Postkassierer J. G. Ch. Roden. De Post-Praktikant J. F. C. Lange. Kaufmann J. Eng. 31. Arbeiter A. Bloch (Zwillinge). Arbeiter F. A. J. Bo. Schlachter H. G. Kai. Bäcker E. G. J. Treplau. Fu. mer W. J. Blottnick. Maurer E. F. W. Winter. 1. Au. Kaufmann W. A. Rod. Zimmermann F. J. F. Mu. Kaufmann F. G. W. Müller. 2. Arbeiter J. J. C. Wied. mann. Arbeiter H. G. W. Renschow. Arbeiter H. Steffens. Flussschiffer J. G. D. Brubns. 3. Schloffer J. D. E. Witrom. Former Ch. F. C. Carlson. 4. Eisenbah. Bremser J. J. Ammon.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

24. Juli. Photograph L. A. G. Koch. 25. Buchhalt. A. F. W. Oldenburg. 26. Maschinist L. Fuchs. Arbeit. Ch. F. Hamann. Maler E. Ch. G. Noth. 27. Kaufman. G. H. F. Brede. Buchhalter E. Ch. F. Hildebrandt. A. beiter W. F. D. Hase. 28. Kutscher A. Mitos. Schu. macher J. F. Hamann. Schlachter E. F. J. H. Jürgel. sen. 29. Gelbgießer E. J. F. M. Boldt. Arbeiter W. G. H. Linke. 30. Maurer J. G. F. Dender. Friseur W. G. E. Sünnewald. Schneider J. G. W. Kreugfeldt. 31. Eisenbahn-Wagenschieber H. F. Th. Rathjad. Gärtner J. G. U. Utermar. Leutnant im dritten Hanseatischen In. fanterie-Regiment Nr. 162 G. U. C. E. G. Diesterwe. Kaufmann F. W. J. Vogt. 1. August. Bote J. G. C. Bollert. Arbeiter F. Ch. Th. J. Bossehl. 2. Weinarbeit. G. F. C. Hellmann. 3. Hausarbeiter W. G. gen. W. Wehn. mann. 5. Arbeiter F. J. G. Holst.

Sterbefälle.

31. Juli. B. G. R. Passow, 2 M. 27 J. Hauptlehr. a. D. J. Ch. Sach, 80 J. Arbeiter J. F. Offen, 74 J. Ein totgeb. Knabe, B.: Schiffszimmermann E. J. J. Bol. horn. 5. J. M. Albrecht, 2 M. 1. August. E. M. R. G. Müller, 6 M. E. D. W. Kost, 1 M. 25 J. M. C. B. Bede, 19 J. 2. M. E. M. geb. Boye, Witwe des Altbir. ders J. G. Schwarz, 84 J. Ch. W. D. geb. Doehrmann. Ehefrau des Monteurs E. Ch. G. Brandes, 62 J. M. G. E. Wiende, 27 J. W. A. Ch. Hays, 10 J. 2. M. ge. Bagt, Ehefr. des Handlungsgeh. G. G. P. Stemmrich, 28 J. Arbeiter J. F. H. Klatt, 38 J. F. C. M. Kemp, 2 M. Früherer Hilfsarbeiter J. C. G. Haiselbrind, 78 J. G. W. Boigt, 2 J. M. R. M. E. Neumann, 4 M. 3. J. G. H. Blohm, 4 M. E. G. F. Oldenburg, 1 M. 21 J. M. J. G. H. Tollgreen, 7 M. G. R. D. Thiel, 7 M. Lehr. emer. J. G. A. Mittel, 62 J. Rentier G. P. C. Westpha. 67 J. 4. J. G. H. D. Kohlhaas, 2 J. 4. M. 5. L. G. Wujch, 19 J. Barbier E. J. C. Utermähl, 31 J. E. M. geb. Neumann, Witwe des Arbeiters J. F. A. Mittscher. 77 J. G. A. D. Benthien, 15 J. G. F. W. Schwarz, 6 M. F. D. G. J. Jacobsen, 6 M. Tischler E. J. G. Stehn, 6 J. Realschul-Direktor a. D. J. M. W. Wuror, 76 J. G. E. geb. Froh, Ehefrau des Gärtners H. J. Kolmorgen. 84 J. E. M. R. Sid, 1 M. 6. W. C. Dinol-Fanel, 9 M. Knecht J. G. F. Oldorp, 41 J. (Woitin-Kesdorf.) G. Schwarz, 23 J.

Ungeordnete Aufgebote.

2. August. Ingenieur H. B. J. Bremer und C. A. J. Wagenführ. Kaufmann W. Glasen und G. F. J. Dahm. au Trehoe. 3. Arbeiter H. G. Scheiler und G. J. M. C. Gäwter. Kaufmann H. F. C. Daniels und G. D. C. Bergener zu Burgdorf. 4. Oberkellner J. H. Kröger und D. M. E. Gad zu Tramm. Schuhmann K. D. Neuthe. und M. B. M. Husefeldt. Arbeiter A. Kochan und Witw. J. D. F. Buschner geb. Schmidt. 6. Weinarbeiter J. G. W. Meinte und E. M. J. Wols. Kaufmann A. B. C. Glöse zu Hamburg und M. W. Wiese.

Schlichtschmussen.

2. August. Postassistent G. B. A. E. Beth zu Ham. burg und M. D. L. Färber. Kaufmann C. F. L. Weger. und E. D. E. Blöger. 3. Briefträger C. J. Iben zu Berge. dorf und M. E. A. Spahrhier. 4. Musikalienhändler C. B. Dahlgren zu Stockholm und M. D. M. C. Leng. 5. Kaufmann W. B. F. Schwarz und M. G. C. Schlüter. Schornsteinfeger F. J. C. Fadlam und M. G. C. Hinrichs. zu Grevesmühlen. Telegraphenarbeiter G. H. A. Buber. und M. C. E. M. Rode. Tischler W. A. Gubendorf und J. M. C. Hoffmann zu Travemünde. 6. Versicherungs. beamter J. G. B. Paritong und C. D. W. Bok. Tabak. schneider F. W. Hattenbach und M. J. Ehrlich. Arbeiter D. C. F. Kempde und M. B. E. Rejsöhr. Arbeiter W. G. J. F. Sterly und M. E. B. Westphal zu Lang-Niendorf. Arbeiter J. B. L. Gründert und J. D. F. Grimm.

Aus Naß und Fern.

Eine Rabenmutter. Die Leidensgeschichte eines Kindes beschäftigte am Sonnabend die Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts II. Die Arbeiterfrau Auguste Knop, geb. Bugars zu Libars, war beschuldigt, in den Jahren 1903 und 1904 in einer das Leben gefährdenden Weise ihr leibliches Kind, den 9 jährigen Paul Knop, körperlich mißhandelt zu haben. Paul Knop war im Alter von einhalb Jahren zu seinen Großeltern nach Pommern gebracht worden, wo er bis zu seinem schulpflichtigen Alter verblieb. Als er nunmehr in das Elternhaus zurückkam, wurde er behandelt, als wenn er nicht zur Familie gehöre. Sowohl hinsichtlich der Ernährung, Kleidung, der ganzen Lebenshaltung wurde er auffallend vernachlässigt. Die Verhandlung ergab eine ganze Reihe von tragischen Einzelheiten aus dem Leben eines stiefmütterlich behandelten Kindes. Zuletzt wurde der bedauernswerte Knabe auf Beschwerden der Nachbarn den Rabeneltern fortgenommen und dem Paul Gerhardtstift überwiesen. Die ärztliche Untersuchung ergab ein betrübendes Bild. Der Körper des Knaben starrte von Schmutz. Hände und Füße waren erfroren und zeigten eiternde Frostbeulen. Gesicht und Schultern waren infolge Mißhandlungen grünlich gefärbt. Mit nassen Kleidern zugebedt, hatte der Junge in einem Korb voll Heu schlafen müssen. Als Buchtigungsmittel war zumeist ein lederner Riemen benutzt worden. Das Schöffengericht hatte die Ehefrau Knop wegen aller dieser Grausamkeiten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer verwarf die von der Angeklagten eingelegte Berufung.

Eine geborstene Ordnungssäule. Die bayerischen Konservativen hat ein schwerer Schlag getroffen. Der Herausgeber und Redakteur der „Süddeutschen Landpost“, Ludwig Friedrich G e h e r t, ist plötzlich aus Nürnberg spurlos verschwunden. Der Laßliche hat offenbar ganz und gar vergessen auf den Waghals, der in Fettdruck am Kopfe des „unabhängigen Organs für Bürger und Bauern“ prangt und der lautet: „Für Christentum, Monarchie und Vaterland!“ Da der schmerzhaft Bemerkte nebenbei auch Richter einer Spruchkammer. Genossenschaft war, so haben viele kleine Leute, die in ihrer allzu großen Leichtgläubigkeit ein blindes Vertrauen im Herzen trugen, den Verlust ihrer teuer erparten Pfennige zu beklagen.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in Cortes (Spanien) abgepielt. Ein junger verheirateter Mann mit Namen Ortega hatte Beziehungen zu der Mutter seiner Frau unterhalten. Beide beschloßen, die junge Frau lebendig zu verbrennen und warfen sie in einen Backofen, wo sie später tot aufgefunden wurde. Die Menge versuchte die Verbrecher zu lynchen; es gelang jedoch der Polizei, sie vor der Wut der Menge zu schützen.

In dem furchtbaren Eisenbahnunglück auf der Missouri-Pazifik-Eisenbahn (Ver. Staaten), worüber wir schon kurz berichtet haben, läßt sich „Daily Mail“ noch melden, daß ein furchtbarer Wolkenebruch die Stützen der Eisenbahnbrücke unterwaschen hatte. Die Lokomotivführer waren wegen des strömenden Regens und den Dunkelheit nicht imstande, etwas zu sehen. Nachdem die Lokomotive die Brücke passiert hatte, überfiel sie sich und fiel mit dem Rauch-, dem Post- und dem Expresswagen in den Fluß. Die Stimmung war derartig, daß sie die schweren Wagen mit fortjagte. 125 Personen waren im Zuge, und zwar zumeist in diesen Wagen. Zwei Schlafwagen blieben auf der Brücke stehen, aber auch von ihren Insassen wurden viele verwundet. Dem Hülfszug von Pueblo folgten zwei mit Särgen gefüllte Wagen. 25 Menschen wurden gerettet. 200 Personen suchten nach den Verunglückten. 50 Leichen fand man im Korridor 1 1/2 Kilometer von der Unglücksstelle entfernt. Viele Leichen werden für immer unter dem Schwemmteufel begraben liegen. Der Zug war bekannt unter dem Namen: „Weltanschauungsflieger.“

beizien lassen, als es unpraktisch ihre Absicht gewesen. Tobias sah sie erschrocken an und flüster: „Stur nicht so laut! Du bist immer gleich so hysterisch! — mir ist's mehr um dich gewesen, als um mich, wenn ich gemeint hab', ich könnt' wieder gehen! Am Ende, was frag' ich darnach? Aber du bist hier im Dienst! — Ich fürcht' mich aber nicht, mein lieber Tobias, entgegnete die Bärbe. — Nun, verzeihe der Dürst, aus der Not eine Tugend machend, nach einer kleinen Pause, wenn du dich nicht fürchtest, dann fürcht' ich mich auch nicht. Ja des Teufels Namen — so god' mich! — Das Mädchen, welches die Zeit verstreichen sah, stellte sich zurecht, rief mit einem gewissen Kommandoton: „Wach! — und nach einer Sekunde sah Tobias wie Eginhard oder wie die Mäuer von Weinsberg, seine glücklichen Voreltern.“ Die räpige Bärbe trat den eben so geliebten wie liebsten Schneider ohne Schwierigkeit die Straße hinaus. Da sie in Strampfen ging, so war ihr Trittschall unhörbar, und mit Sicherheit wurde eine Stufe nach die andere überschritten. Tobias hatte die seltsamsten Gesühle. Ihm war's, als ob er träumte — und doch war's keine Trübsung, was ihm widerfuhr. Er hielt mit seinen Armen den Hals der Geliebten umschlungen und schaute an seinen Händen den Hauch ihres Mundes. — Wie magte sie ihn lieben, die gute Bärbe, daß sie das für ihn tat und für ihn riskierte! Ja, sie hatte ihn wirklich gern! Sie war brav, sie war herzhast und aufgeschlossen — sie war das beste Weib, das er finden konnte! Die letzte Stufe war überschritten. Oben auf dem Gang war es heller, als sie hätten erwarten können. Der abgewandte Kopf war aufgezogen, die Wollen im Ofen hatten sich verzogen, und der Schein si I durch das hintere Fenster. Mit um so größerer Sicherheit getraute sich die Bärbe geräuschlos an der Tür des Schlafzimmers vorbeizukommen, daß auf der Gartenseite lag. Sie wendete sich und ging vorwärts. Als sie aber noch zwei Schritte von der Türe entfernt war, fing es drinnen an zu huschen. Es war der geltsliche Herr, der an solchen Anlässen zu leiden pflegte. Er hustete stark, nachhallig, und mußte völlig wach sein. Die Möglichkeit, gehört und entdeckt zu werden, schreckte einen Moment auch das Herz des Mädchens. Den Schneider überkam eine unaussprechliche Angst. Bei dem ersten Laut in der Kammer hatte er mit seinen Händen instinktmäßig den Kopf der Bärbe zurückgezogen, wie ein Reiter die Bügel anzieht, und sein Herzklopfen war so stark geworden, daß es die Trägerin an ihrer Schulter spürte. Schnell ergriff sie seine rechte Hand und gab ihr einen Druck, der die Bedeutung hatte: Um Gotteswillen, sei ruhig! — und stand. Und Tobias ermannte sich; er ließ ihren Kopf und Hals in Frieden, hielt sich gelassen fest und blieb stumm. Das Schlagen seines Herzens und das Klären der Angst zu verhindern, ging natürlich über seine Kräfte. Nach zwei peinlichen Minuten wurde das Husten schwächer, und endlich hörte es ganz auf. Die Bärbe schaute sich wieder in den Spiegel. Sie schritt beherzt an der Tür vorüber und unanshaltbar weiter in dem Gang, bis sie an das entgegengelegte Fenster kam. Dann öffnete sie links an der Wand eine Tür, die geräuschlos aufging, weil die Ringe sie vorher geöffnet hatte, bückte sich, trat ein und ließ den Schneider vor sich nieder. Unverweilt machte sie die Türe wieder zu und schaute sich um. Ein kleines Nieselregen vor. Ein wenig sei dieser Gelegenheit ging dem Darschen noch durch die Nase. Doch — der Hosen war erreicht, die Frucht zeborgen.

ist, selbst wenn der Kampf dadurch größere Dimensionen annehmen sollte; 2. ist der gefasste Beschluß des Arbeitgeberverbandes, welcher den einzelnen Geschäftsinhaber berechtigt, nach mehreren Tarifklassen zu zahlen, in der schärfsten Form zu bekämpfen, weil derartige Praktiken der Arbeiter auf das schwerste schädigen und tarifliche Vereinbarungen überhaupt unmöglich machen.“ Nach Erledigung verschiedener Verbandsinteria wurden Rämbug und Stümmer als Delegierte zum nächsten internationalen Kongreß in Amsterdam bestimmt. Mit den üblichen Schlussworten und einem Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung wurde darauf der Verbandstag geschlossen.

Der Verband der Handschuhmacher blüht auf ein 35jähriges Bestehen zurück. Er wurde am 6. August 1869 zu Arnstadt begründet; er hat also die Schreckenszeit der ausnahmegeseglichen Aera überstanden.

Eine Urabstimmung im deutschen Kürschner-Verband beschloß die Einführung des erhöhten 40 Pfg.-Beitrags mit 841 gegen 621 Stimmen, lehnte dagegen die Einführung einer Krankenunterstützung mit 799 gegen 663 Stimmen und die Einführung der Reiseunterstützung mit 876 gegen 586 Stimmen ab.

Des Staates nützliche Elemente. Wie man der „Berl. Volksztg.“ aus Wiesdorf (Braunschweig) mitteilt, fand dort in der Nacht zum Sonnabend unter mehreren hundert aus Braunschweig zugewanderten Arbeitswilligen eine blutige Schlägerei mit den von der Fabrikleitung ausgehenden Stößen statt. 20 Mann wurden verhaftet. Ein Haus wurde gänzlich demoliert.

Der Streik der Petroleumarbeiter in Borschlau ist beendet. Die 6000 Erdölarbeiter, die am 8 Juli die Arbeit niederlegten, haben auf Grund folgender Garantien der Regierung die Arbeit wieder aufgenommen: Die Regierung verbürgte sich dafür, daß sie die Unternehmer veranlassen werde, Arbeiterhäuser bis zum 1. Januar zu erbauen und eine Badeanstalt bis zum Oktober fertigzustellen. Sie verbürgte sich dafür, daß eine Wasserleitung und ein Spital errichtet werde und daß die Krankenkasse nach Borschlau verlegt werde; und damit die Gemeinde ihre Pflicht erfüllt, versprach die Regierung, die Gemeindevertretung aufzulösen und das Versprochene durch einen Regierungskommissar durchzuführen zu lassen. Weil aber die Unternehmer die Arbeitszeit nicht um vier Stunden verkürzen wollten, verkürzte sie die Regierung selbst um zwei Stunden, indem sie eine zweistündige Ruhepause innerhalb der zwölfstündigen Arbeitszeit vorschrieb. Die großen Unternehmer verpflichteten sich der Regierung gegenüber, keinen Arbeiter wegen des Streiks zu maßregeln.

Eine Streikwallerie ohne gleichen nennt die „Leipz. Volksztg.“ ein Vorkommnis, über das sie aus Eilsfeld berichtet. Dasselbst ist das Ersuchen des Kriegervereins an den Gemeinderat, aus öffentlichen Mitteln einen Beitrag von 20 Mark zur Königs-Geburtsstagsfeier zu bewilligen, mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen worden. Dabei besteht aber die Mehrheit der Gemeindevertretung — aus Sozialdemokraten.

Der Emmel-Streit in Mülhausen i. E. Eine von etwa 200 Personen besuchte sogenannte geschlossene Versammlung, zu der nur persönliche Einladungen ergangen waren, beschäftigte sich wieder mit der Affäre Emmel. Es wurde verlangt, daß er sofort seine Parteiämter niederlege. Die Versammlung verlief sehr lärmend, da auch Freunde von Emmel eingriffen. Der ehemalige Abg. Bueb schürt selbstverständlich auch mit gegen Emmel. — Das beste Mittel uns, daß Emmel so schnell als möglich Mülhausen verläßt.

Sozialistische Jugendvereine zu gründen, schlägt Genosse J e n d r i c h in der von ihm herausgegebenen sozialdemokratischen Familienkorrespondenz vor. Er verweist auf Belgien, wo diese Vereine schon sehr viel getan haben, und erinnert die älteren Genossen daran, daß mancher von ihnen gerade die besten Jugendjahre ohne Anleitung und mit zweifelhaften Vergnügungen verendet haben, die sie nicht mit der geistigen Anregung der sozialistischen Weltanschauung ausgefüllt hätten. Demgemäß schlägt Jendrich die Gründung von sozialistischen Jugendvereinen, Sonntagskassen, Spielclubs usw. sowie einer sozialistischen Jugendzeitung vor, die sich speziell an die Jugend und deren Begriffsvermögen wenden müßte, und er stellt zugleich einen Antrag für den Bremer Parteitag in Aussicht, der diese

(trage dich Hundspad). — Ah, entgegnete der Schneider, ganz diesen Vorschlag höchlich überaus, Gedra! — was fällt dir ein! — Nun, verzeihe die Bärbe mit einem Lächeln, das Tobias nicht sah, wohl aber aus dem Ton entnehmbar laut — glaubst du, da bist mir zu schwer? — Ja dieser Frage und in der wundern Art, womit sie gestellt war, schien dem Darschen ein Stich auf die Schwächigkeit seiner Figur zu liegen; er gewinnet Schneiderhals rührte sich in ihm und gestellte sich zu der Antwort, und mit dem abscheulichen Ton eines Verächters erwiderte er: Geh doch! Gedra! Nicht! Wie ein kleines Kind! — O, verzeihe die Bärbe mit Heiterkeit, das war nicht das erste Mal, daß man ein Mannsbild gött! Ja der Not greift man eben zu dem was hilft! Und ergriffte sie die Frage: Was heißt es sonst übrig? Die Bärbe antwortete wieder wie nicht, und hier schenkte Mäuer seinen Blick auch nicht. Also? — Wir konnten aber doch noch was anderes tun, meinte Tobias zögernd. — Was? — Wir konnten's und sogar kein lassen, daß es nicht sein soll, was wir vorhaben, und — er hielt inne. — Und da er sagte das Mädchen, knietst wieder gehen, meinst du? Aberdinge, das kommt bei; und da lauff es auch wirklich. Gedra und geht hat dich bis jetzt niemand, und die Tür ist gleich wieder aufgemacht; ich für meine Person will dich aber durchaus nicht aufpassen! — Tobias, der aus dem Ton, in dem sie diese Worte sprach, die Spannung des Mädchens ersehen hatte, sagte: Wir konnten ja ein anderes Mal zu kommen, an einem Ort, wo — Nein, verzeihe die Bärbe mit Gedra und Gedra, das ist nicht ich nicht! Mit und Jucien ist's dann aus für immer! Es einen „Ich nicht“ gern und trau' mir nicht! Iren ich nicht brauchen — da bin' ich nie zu dumm! Ich hab' die bis jetzt vieles nachgesehen, Tobias; aber jetzt hat alles ein Ende. Was zu machen ist, das ist zu entscheiden! — Der Mensch hatte sie die letzten Worte etwas hastiger